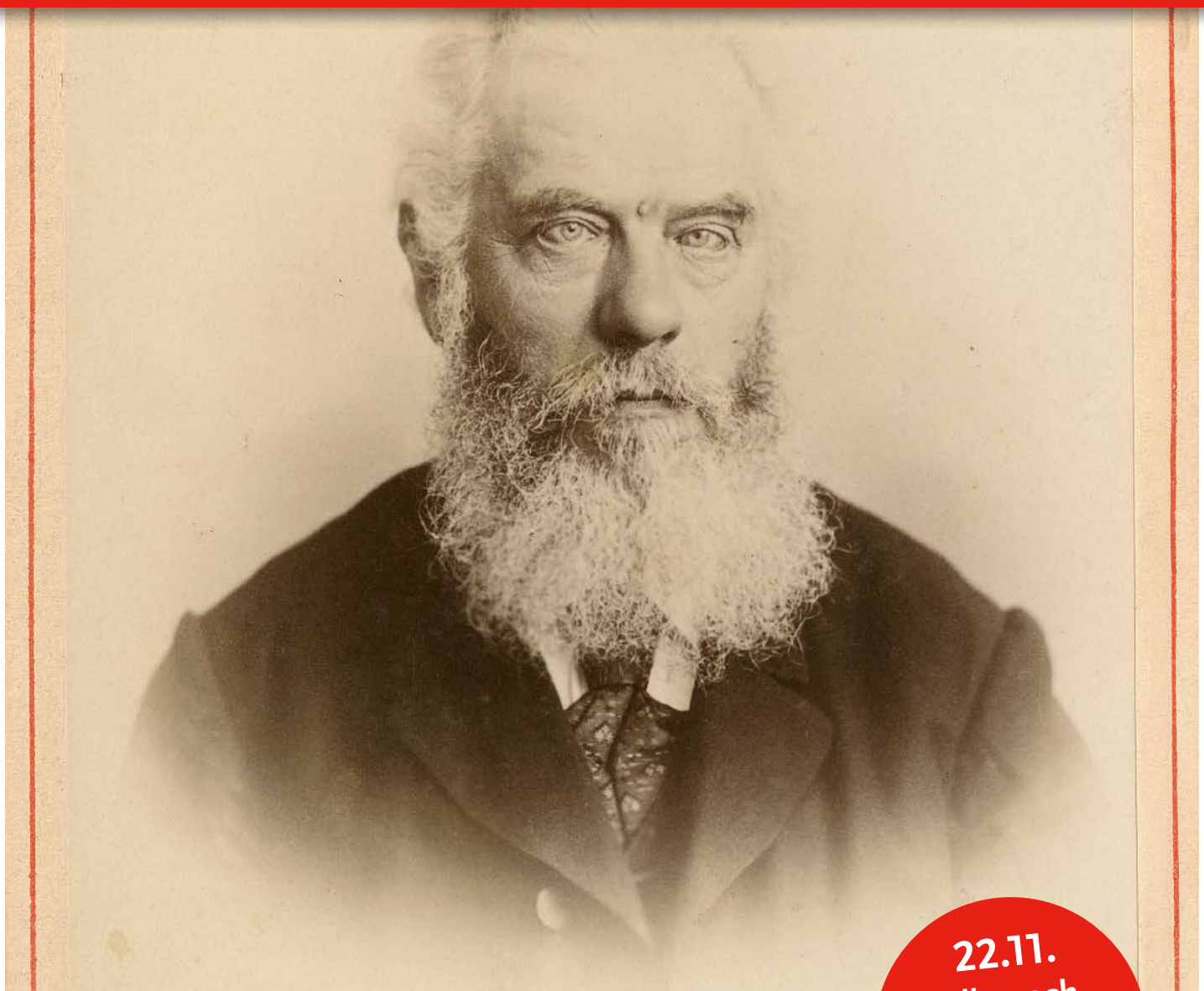
Oktober/November 2025
Das VPOD-Magazin erscheint 8-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft
Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



22.11.
Alle nach Bern mit dem Gesundheits-personal!

O mein Papa!

Zum 100.Todestag des VPOD-Gründers Herman Greulich

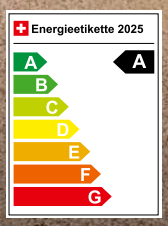
«Entlastungspaket»: Unnötige Belastungen

Mercedes-Benz

EINE KLASSE FÜR SICH.

Der neue elektrische CLA.

Bis zu 792 km Reichweite: mit dem neuen CLA erleben Sie die nächste Generation vollelektrischer Fahrfreude. Gepaart mit KI-Intelligenz, progressivem Design und zukunftsweisender Technologie. Steigen Sie ein.



CLA 250+ mit EQ Technologie, 272 PS (200 kW), 12,2 kWh/100 km, 0 g CO_2/km, Energieeffizienz-Kategorie: A.

Themen des Monats

5 **Seite an Seite**
Mit dem Gesundheitspersonal nach Bern am 22. November

6–7 **Gegen die «Ablenkungsinitiative»**
Rechtspopulismus bedeutet Angriffe auf Rechte, Arbeitsbedingungen und Löhne der Angestellten

9 **Unnötige Belastungen**
Bund, Kantone und Gemeinden bilden Vermögen auf Kosten der Leute

11–21 **Dossier: Herman Greulich (1842–1925)**
Herman Greulich war Demokrat, Sozialist, Gewerkschaftsgründer und von «ganz unten» stammender Selfmademan

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**

8 **Antonia W. Fleischmann:** Die Kratzbürste im System

10 **Aus den Regionen und Sektionen**

22 **Wirtschaftslektion:** Wohnungsnot? Der Bund muss mehr tun

23 **Wettbewerb:** Langlebige

24 **VPOD aktuell**

25 **Hier half der VPOD:** «Fehlende Grundlagen»

26 **Solidar Suisse:** Beleidigen ist kein Sport

27 **Menschen im VPOD:** Flavia Friedli, Beleuchterin beim Theater St.Gallen

Redaktion/Administration:
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 7, Oktober/November 2025
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 8-mal pro Jahr

Christoph Schlatter ist Redaktor des VPOD-Magazins

Gelsenkirchen

«Das gibt es nur bei uns in Gelsenkirchen»: Ich habe Georg Kreislers Spottlied auf die Ruhrgebietsstadt als Kind 687-mal gehört, obwohl ich es kaum verstand, geschweige denn einordnen konnte als das, was es war – eine Satire auf deutschen Wirtschaftswunderstolz, auf ökonomische Prosperität, die mit dem Raubbau an Natur und Gesundheit erkauft ist: «Lieblich schweben durch die Luft die schwarzen Dämpfe, / und mit heiterem Gesang / nimmt man Kohlen in Empfang. / Wer zu lang dort lebt, bekommt beim Atmen leichte Krämpfe. / Aber wer lebt dort schon lang…?»

Als ich dann zum ersten Mal leibhaftig ins Ruhrgebiet kam, war das Wunder aufgebraucht, von den Zechen waren höchstens noch zwei in Betrieb (seit 2018 sind alle zu). Dafür wurde ersichtlich, wie hinreissend schön die Industriearchitektur ist, teils noch in Jugendstil, teils schon in Bauhaus oder nachkriegsmodern. Wie freundlich die Arbeitersiedlungen. Wie grün die ganze Gegend. Wie einladend die mit «Trinkhalle» beschrifteten Kioske. Den ausgedehnten Kleingartenanlagen entnimmt die Bevölkerung Radieschen, Rettich und Rüben als Vitaminergänzung zur Currywurst. Und allabendlich laden fünf Opernhäuser zur Hochkultur. Jenes in Gelsenkirchen nennt sich noch immer mit Bergmannsstolz «Musiktheater im Revier».

Strukturwandel geschafft? Opern und Radieschen vermochten nicht zu verhindern, dass die AfD ihre jeweiligen Oberbürgermeisterkandidaten in drei Ruhrgebietsstädten bis in die Stichwahl gebracht hat: in Duisburg, Hagen und Gelsenkirchen. Das war im September. Es ist dann noch einmal gut gegangen. Auch in Gelsenkirchen haben zwei Drittel der Wählenden gemerkt, dass die AfD zwar grosse Töne spuckt, aber null Rezepte hat. Die Probleme in «Deutschlands ärmster Stadt» sind: verbreitete Arbeitslosigkeit, hohe Sozialhilfequote, Leerstand und vermüllte Strassen.

Die akut grösste Herausforderung ist lustigerweise das genaue Gegenteil dessen, was unsere hiesigen Rechtspopulistinnen beklagen: nicht Dichtestress, sondern Entvölkerung. Seit 1960 hat Gelsenkirchen über 30 Prozent der Bewohnerschaft verloren. In den verlassenen Häusern haben sich inländische Ratten und auswärtige Mafiabanden breitgemacht. Gegen beides kommt der Rechtsstaat nur schwer an.

Dekarbonisierung? Überhaupt weg vom Wachstum? Wahrscheinlich führt kein Weg daran vorbei. Aber wie genau wir das hinbekommen, darüber müssen wir mit Blick auf Gelsenkirchen nochmals nachdenken.

Wo bleiben unsere Löhne? Streik bei Schär+Trojahn.

Wo bleibt unser Feierabend? Angriff aus dem Nationalrat.

Natursteinfirma: Streik um Lohn

Die traditionsreiche Natursteinfirma Schär+Trojahn AG im bernischen Niederwangen steht trotz voller Auftragsbücher vor dem Aus. Trotz hoher Auslastung haben die rund 40 Beschäftigten den Septemberlohn nicht erhalten. Eine Geschäftsleitung scheint inexistent; ehemalige Verwaltungsratsmitglieder stehen im Verdacht, sich privat bereichert zu haben. Gemäss Unia soll ein Streik der Belegschaft jetzt bewirken, dass die Ex-Verwaltungsräte Verantwortung übernehmen, ausserdem die Auszahlung der ausstehenden Löhne und weiterer Verbindlichkeiten. | *unia (Foto: Manu Friederich/Unia)*

Angriff auf den Feierabend

Eine Vorlage, die die Freizeit, die Gesundheit und den Familienalltag der Beschäftigten bedroht – so sieht der SGB die vom Nationalrat auf den Weg gebrachte massive Aufweichung des Arbeitsgesetzes. Der Entscheid macht Arbeitstage von 17 Stunden – von morgens 6 bis abends 23 Uhr – möglich sowie die bewilligungsfreie Anordnung von Sonntagsarbeit. Auch die tägliche Ruhezeit soll verkürzt und für «dringende Tätigkeiten» unterbrochen werden können. Für den SGB «ein Frontalangriff auf den Feierabend». Der Behauptung, dass all dies nur mit dem Einverständnis der Arbeitnehmenden umgesetzt werden könne, sei nicht zu trauen: «Der Arbeitgeber könnte künftig abends um 22.30 Uhr anrufen und behaupten, dies sei vereinbart.» | *slt (Foto: Pekic/iStock)*

AHV: Witwen und Kinder zur Kasse?

Die hauchdünn gefassten Beschlüsse des Nationalrats zur AHV bezeichnet der SGB als «unverantwortlich». Die Abschaffung der Kinderrenten und das Zusammenstreichen der Ansprüche von Witwen führe zu einer massiven Leistungsverschlechterung für Frauen und Kinder zugunsten besserverdienender Ehepaare, die von der ebenfalls beschlossenen Streichung des Ehepaarplafonds hauptsächlich profitieren. Der SGB fordert den Ständerat auf, diese Entscheide zu korrigieren. Die Aufhebung der Geschlechtsunterschiede bei der Hinterbliebenenrente beruht auf einem Urteil des Strassburger Menschenrechtsgerichtshofs. | *sgb/slt*

SGB: Ein gutes und ein schlechtes Ja

Auf die zwei Jas am Abstimmungswochenende reagiert der SGB unterschiedlich: Die – zwar knappe – Annahme der staatlichen elektronischen Identitätskarte ist für ihn erfreulich, weil wichtige Vorhaben auf die E-ID angewiesen sind, «allen voran das neue Organspenderegister». Wichtig bleibe aber, dass bei der Umsetzung auf Datenschutz und -sparsamkeit geachtet werde. Die Abschaffung des Eigenmietwerts sieht der SGB als «Geschenk an Hauseigentümer»; er prognostiziert Steuerausfälle, einen Anstieg der Immobilienpreise und die Zunahme von Schwarzarbeit. | *sgb/vpod*

Der Franken darf nicht stärker werden

In einem Communiqué kritisiert der SGB die Geldpolitik der Nationalbank als schädlich für die Exportindustrie. Die bereits von den US-Zöllen gebeutelten Unternehmen leiden unter dem starken Franken. Die verschiedenen Faktoren verstärken sich dabei gegenseitig: Auch Pensionskassen ziehen sich aus dem Dollar zurück und investieren noch stärker in den Franken, was diesen weiter hochschraubt. Der SGB erwartet von der Nationalbank Signale in die gegenteilige Richtung. | *slt/sgb*

Bauarbeiter stimmen für Streik

Wie Unia und Syna mitteilen, haben sich die Bauarbeiter in einer landesweiten Abstimmung für Streikmassnahmen entschieden, um die Neuverhandlung des Landesmantelvertrags (LMV), der Ende Jahr ausläuft, voranzubringen. Ein Kernanliegen für den neuen LMV sind familienfreundlichere Arbeitszeiten. Gefordert werden auch eine bezahlte Znüni-Pause sowie ein garantierter Teuerungsausgleich. Die von den Gewerkschaften in Aussicht gestellten landesweiten Proteste haben im Oktober mit einem Warnstreik im Tessin begonnen; 2500 Beschäftigte nahmen daran teil. | *unia/slt*

Samstag, 22. November: Alle auf den Berner Bundesplatz zur Kundgebung des Gesundheitspersonals

Seite an Seite

Am 22. November alle auf den Bundesplatz! Dieser Aufruf richtet sich nicht nur an das Personal im Gesundheitswesen, sondern an alle. Denn der Kampf betrifft alle. Und alle zahlen den Preis.

Text: *Roman Künzler, VPOD-Zentralsekretär (Foto: Keystone)*

Dieser Kampf betrifft uns alle: Das Gesundheitswesen steckt in der Krise, und wir alle bezahlen den Preis. Unsere Kolleginnen und Kollegen laufen am Limit. Immer mehr von ihnen brennen aus und verlassen den Beruf. Sie haben daher entschieden: Es reicht! Wir müssen kämpfen! Und das Seite an Seite mit uns allen. In einer breiten Allianz von Gewerkschaften und Berufsverbänden, zusammen mit den Prämienzahlerinnen, mit den älteren Menschen, mit den sozialen Bewegungen wollen wir nach Bern. Es geht um gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und um eine gute Gesundheitsversorgung – für alle und in allen Lebenslagen.

Jährlich grüsst das Prämientier

Die Krankenkassenprämien werden auch 2026 im Schnitt wieder um 4,4 Prozent ansteigen und uns einen wichtigen Teil unseres Lohnes wegfressen. Das bedeutet: Bei vielen geht wieder die Suche nach der günstigsten Versicherung los. Dabei wechseln sie in Modelle, die den Profitinteressen Macht über unsere Gesundheit geben. Oder sie nehmen höhere Franchisen in Kauf – keine Option für die Armutsbetroffenen, die dann de facto von einem wichtigen Teil der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen sind. Das ist eine Schande in einem reichen Land wie der Schweiz.
Ändern wird sich nur etwas, wenn wir uns das gemeinsam erkämpfen. Auf Regierung und Parlament ist null Verlass. Das beste Beispiel: Obwohl die Pflege-Initiative mit einer riesigen Stimmenmehrheit angenommen wurde, hat die Politik die gesetzlich vorgeschriebene Frist zur Umsetzung einfach verstreichen lassen. Mehr als ein Schulterzucken gab es dabei nicht. Auch die Vorschläge, die aktuell im Raum stehen, führen nirgends hin. Nach vier Jahren sagen daher auch die Pflegenden: Es reicht, jetzt haben wir genug gewartet, jetzt starten wir die Proteste.

Braucht es einen Streik?

Der feministische Streik hat dazu aufgerufen: Ein grosser Care-Streik soll am 14. Juni 2027 das Land verändern. Im Zentrum des Aufrufs steht die Sichtbarmachung und Aufwertung von Care-Arbeit, die oft unsichtbar, schlecht bezahlt und vorwiegend von Frauen sowie marginalisierten Gruppen geleistet wird. Gleichzeitig ist sie die Grundlage unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Trotzdem wird Sorge-, Pflege- und Hausarbeit systematisch für Profitzwecke entwertet, was wir gut an den Arbeitsbedingungen im Gesundheitsbereich beobachten können. Auf dem Bundesplatz am 22. November werden die Demoteilnehmenden unter anderem eine symbolische Abstimmung darüber abhalten, ob wir uns gemeinsam an die Streikvorbereitungen machen.

22.11., 14.15 Uhr, Bundesplatz

Alle VPOD-Mitglieder, nicht nur jene aus dem Gesundheitsbereich, sind aufgefordert: Komm am 22. November um 14.15 Uhr auf den Bundesplatz. Oder schon viel früher in den Extrazug, der aus St. Gallen über Winterthur, Zürich, den Aargau und Olten unsere Bewegung in die Hauptstadt bringen wird. Mehr Infos findest du auf unserer Website.

Seit der Pandemie hat sich kaum etwas zugunsten des Gesundheitspersonals bewegt. Daher werden jetzt andere Saiten aufgezogen.

Rechtspopulismus bedeutet Angriffe auf Rechte, Arbeitsbedingungen und Löhne der Angestellten

Gegen die «Ablenkungsinitiative»

An der SGB-Migrationskonferenz – das *VPOD-Magazin* berichtete bereits kurz – war die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ein zentrales Thema. Die Versammlung war sich einig: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren. | **Text:** *Johannes Gruber* *(Fotos: Schweizer Parlament [unten]; Claudine Silaho Weber-Hilty/iStock [rechts])*

Eine starke VPOD-Delegation war dabei im September an der SGB-Migrationskonferenz in Bern, bei der die vom Rechtspopulismus ausgehenden Gefahren im Mittelpunkt standen. In einer von *WOZ*-Journalist Kaspar Surber moderierten Podiumsdiskussion analysierten Fachpersonen Inhalt und mögliche Folgen der aktuellen SVP-Volksinitiative. Für den Historiker Damir Skenderovic handelt es sich um eine «Ablenkungsinitiative»: Die wahren Probleme der Menschen in der Schweiz würden verdeckt, eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe für alles verantwortlich gemacht. Wieder einmal zeigt sich, dass die Schweiz keine Musterdemokratie ist, sondern eine internationale Vorreiterin des Rechtspopulismus.

Auch im Parlament nutzt die SVP jede Gelegenheit für ausländerfeindliche Reden…,

Hass säen als Ziel

Auch Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone führte aus, dass die SVP-Initiative einen extremistischen Angriff auf Grundrechte darstellt. Nicht die Begrenzung der Migration, sondern das Säen von Hass unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist für Alessandro Pelizzari, den Direktor der Fachhochschule HETSL, das eigentliche Ziel der Initiative. Darüber war man sich im Saal einig: Es geht der SVP darum, die Menschen ohne Schweizer Pass zu entrechten, ihre Arbeitsbedingungen und ihren Aufenthaltsstatus zu prekarisieren sowie den Lohnschutz für alle zu schwächen und schliesslich aufzuheben.

Bereits zu Beginn der Konferenz hatte SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard auf

Kündigung des bilateralen Weges führt zu Chaos

Der SGB begrüsst die deutliche Ablehnung der extremen SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» durch den Nationalrat. Eine Annahme hätte die Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU zur Folge. Das wäre ein radikaler Systemwechsel mit gravierenden Auswirkungen namentlich für die Arbeitnehmenden. Mit den Bilateralen sind flankierende Massnahmen verbunden, die Löhne schützen und Missbrauch verhindern. Fallen diese Schutzinstrumente weg, droht massives Lohndumping. Arbeitgeber könnten bei schwächeren Kontrollen leichter tiefe Löhne durchsetzen, besonders in Branchen, in denen heute schon grosser Druck herrscht. Statt gesicherter Rechte drohen wieder Kontingentsysteme oder – schlimmer noch – ein Rückfall ins alte Saisonnierstatut.

Der SGB betont auch die von der Initiative ausgehenden Gefahren für die Gesundheitsversorgung und für die Altersvorsorge. Schon heute fehlen in der Schweiz zehntausende Pflegefachpersonen. Ohne Personenfreizügigkeit und also ohne Zuwanderung ausgebildeter Kräfte aus der EU würde sich der Notstand dramatisch verschärfen. Auch die AHV geriete in Schieflage: Heute stärken EU-Arbeitnehmende dieses Sozialwerk, weil sie während Jahren Beiträge einzahlen, ohne im gleichen Mass Renten zu beziehen. Ohne sie würde jene Seite Oberhand gewinnen, die Rentenkürzungen und eine weitere Erhöhung des Rentenalters will.

Die Initiative ist ein extremes Projekt in einer ohnehin unsicheren Epoche. Im neuen Trump-Zeitalter, geprägt von internationalen Spannungen und geopolitischer Instabilität, ist die Schweiz auf verlässliche Beziehungen zu ihren Nachbarländern angewiesen. Statt Stabilität und Sicherheit verspricht die SVP-Initiative Isolation, Unsicherheit und wirtschaftliche Schwächung. Der SGB wird sich deshalb vehement und aktiv im Abstimmungskampf engagieren, um diese radikale Vorlage an der Urne zu stoppen. | *sgb* *(Foto: Keystone)*

Die Annahme der SVP-Initiative hätte eine Kündigung der Bilateralen zur Folge.

den rassistischen Gehalt der Initiative hingewiesen, dem man mit Klassenkampf begegnen müsse. Unia-Präsidentin Vania Alleva sieht die Verantwortung auch bei den Gewerkschaften: Sie müssen die wahren Probleme des Landes benennen, sich an die Seite der Menschen stellen und die soziale Frage ansprechen. Die SGB-Migrationskonferenz diente folgerichtig auch der Vernetzung und dem Schmieden von Allianzen, um gemeinsam gegen die SVP-Initiative zu kämpfen und den Abstimmungskampf gegen diese zu gewinnen.

Angriffe abwehren

In diesem Sinne verabschiedeten die Delegierten die Resolution «Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft – gegen Abschottung und Nationalismus», mit der sich die Gewerkschaften geschlossen gegen rechte Hetze und gegen Angriffe auf die sozialen Rechte stellen.

…gegen welche die Gewerkschaften die Kraft der Solidarität stellen.

Abschottung und Nationalismus sind der falsche Weg

Die von der SGB-Migrationskonferenz verabschiedete Resolution stellt klar: Die SVP-Initiative zur Bevölkerungsbegrenzung bringt keine Lösungen für die wirklichen Probleme. Der Text im Wortlaut.

Als Gewerkschaftsmitglieder sind wir heute zur Migrationskonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB versammelt. Wir sagen hier nochmals klar und deutlich, dass wir das ideologische Gesellschaftsbild ablehnen, das hinter SVP-Initiativen wie «Keine 10-Millionen-Schweiz» steht. Lassen wir uns nicht von der pseudoökologischen Verpackung täuschen, sie ist ein direkter Angriff auf die Rechte von uns Arbeitnehmer:innen, sie richtet sich gegen Solidarität und Menschenwürde.

Keine Spaltung in einzelne Gruppen, kein Sozialdumping

Diese Initiative bietet keine Lösungen für wirkliche Herausforderungen wie Wohnungsnot, Verkehr oder Umweltbelastung. Stattdessen werden Migrant:innen zu Sündenböcken gemacht, mit dem Ziel, das System sozialer Sicherung abzubauen, die Arbeitnehmenden zu prekarisieren, zu spalten und zu entmachten. Wir lehnen jede Spaltung ab, die einzelne Gruppen von uns Arbeitnehmenden diskriminiert, und insbesondere das damit angestrebte Sozialdumping.

Der Abbau von Rechten bedroht uns alle

Die Initiative gefährdet insbesondere die flankierenden Massnahmen zur EU-Personenfreizügigkeit, die faire Arbeitsbedingungen und Lohnschutz gewährleisten. Sie greift die Rechte ausländischer Arbeitnehmer:innen an und untergräbt dadurch den sozialen Zusammenhalt. Ein solcher Abbau von Rechten würde die Rechte von uns allen in Frage stellen und eine umfassende Prekarisierung fördern, die nur im Interesse wirtschaftlicher Eliten ist.

Schutz und Respekt für alle in der Schweiz lebenden Arbeitnehmenden, egal welcher Herkunft

Weltweit formiert sich aktuell eine gefährliche Allianz aus rechten Extremisten und Milliardären. Aus Gründen der Profitmaximierung will diese Allianz die sozialen Rechte von Arbeitnehmenden abschaffen, indem sie diese spaltet. Die Ausgrenzung bestimmter Gruppen ist jedoch nur der erste Schritt des Angriffs auf alle Werktätigen. Als Gewerkschaftsbewegung begegnen wir diesen Angriffen mit dem, was uns stark macht: Solidarität, kollektive Organisation und Mobilisierung sowie Kampf für eine gerechte Verteilung des Reichtums. Eine Spaltung der Arbeitnehmenden nach Herkunft, Nationalität oder Aufenthaltsstatus werden wir niemals akzeptieren. Alle, die in der Schweiz arbeiten, gehören der Klasse der Arbeitnehmenden an. Sie verdienen Schutz, Respekt und Anerkennung.

Der ökologische und soziale Wandel soll allen dienen

Ja, es gibt Herausforderungen: überlastete Infrastruktur, Wohnungsnot, Umweltbelastungen. Doch die Ursachen für diese sind klar: Spekulation, Profitmaximierung und sozialpolitisches Versagen. Das bedeutet, dass diese Herausforderungen nicht durch Ausgrenzung bewältigt werden können. Was es braucht, sind politische Entscheide für massive Investitionen – in öffentlichen Verkehr, für bezahlbaren und ökologischen Wohnraum. Was es braucht, ist der Schutz fundamentaler Rechte (auch das Recht auf Familie) und einen gesellschaftlichen Wandel, der Mensch und Umwelt über Dividenden stellt.

Gemeinsam und mit Nachdruck bekräftigen wir an der Migrationskonferenz des SGB:

- unsere entschiedene Ablehnung der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz», die ausländer- und arbeitnehmerfeindlich, unsozial und gefährlich für den sozialen Frieden ist;
- unser Engagement für die Verteidigung der EU-Personenfreizügigkeit und der flankierenden Massnahmen zum Schutz von Lohn- und Arbeitsbedingungen;
- unsere Solidarität mit allen Arbeitnehmer:innen, unabhängig vom Migrationsstatus;
- unseren Willen zum geeinten Widerstand und Kampf gegen rechte Projekte – für eine inklusive, gerechte und demokratische Gesellschaft.

Vereint, kämpferisch, solidarisch – wir lassen nicht zu, dass Nationalist:innen und ihre profitgierigen Unterstützer:innen die Zukunft der Arbeitswelt diktieren. Gemeinsam bauen wir eine Gesellschaft auf der Grundlage von Gerechtigkeit, Sicherheit und Würde.

Neuer GAV am Theater Basel

In über zwei Jahren mit 25 Verhandlungstagen haben die Mitarbeitenden der Technik am Theater Basel einen neuen GAV erkämpft. Und zwar – ein Novum für die Schweiz – in offenen Verhandlungen unter direkter Beteiligung und Mitwirkung der Beschäftigten. Auch zu diesem neuartigen Format zieht der VPOD eine positive Bilanz: Es habe «das übliche Machtgefälle» durchbrochen und die Mitarbeitenden und ihre Expertise «direkt an den Verhandlungstisch» gebracht. Der neue GAV beschert den Kostümschneiderinnen, den Bühnenmalern, den Garderobieren und den Logistikern die 40-Stunden-Woche, einen besseren Kündigungsschutz, strengere Regeln gegen Kettenarbeitsverträge sowie Verbesserungen beim Dienstaltersgeschenk. In einzelnen Abteilungen gibt es Lohnerhöhungen; Fortschritte wurden auch bei der Gleichstellung erreicht. Im Gegenzug stimmte das Personal der Einführung einer Jahresarbeitszeit zu, allerdings mit klaren Schranken. Sina Deiss, VPOD-Regionalsekretärin, lobt das solidarische Handeln der Beteiligten. Immer wenn die Verhandlungen ins Stocken geraten seien, hätten die Mitarbeitenden mit sicht- und hörbaren Aktionen reagiert, hinter denen jeweils der Grossteil der Belegschaft gestanden habe. «So wurde das Motto ‹Ohne Technik kein Theater!› auf überzeugende Weise bestätigt», stellt Sina Deiss fest. | *vpod* *(Foto: 2le2im-bdc/Wikimedia CC)*

Antonia W. Fleischmann Die Kratzbürste im System

5 Ins Juhe

Antonia W. Fleischmann ist eine Figur des Schriftstellers Lukas Linder. Er lebt in Polen und in der Schweiz.

Ich bin neulich Postauto gefahren. Für einen Menschen, der keinen Fahrausweis besitzt und das Spazierengehen schon vor Jahren eingestellt hat, ist es praktisch das einzige Fortbewegungsmittel. «Und was ist mit dem Velo?», höre ich einen SP-Politiker der Stadt Zürich rufen. Ich rufe zurück: «Wohl verrückt geworden?» Natürlich gibt es noch den Zug, doch nur das Postauto verfrachtet einen in jene abgelegenen Winkel und Enklaven, wo man Matcha Latte noch für püriertes Froschbein hält. Damit sorgen sie für eine Vollvernetzung, die es in Entwicklungsländern wie Deutschland nicht einmal in den Grossstädten gibt. *Dies ist meine persönliche Meinung. Der VPOD hat mich nicht im Geringsten zu dieser Aussage gezwungen.*

Neulich war es also wieder so weit. Ich sass im Postauto auf dem Weg ins Juhe. Mit mir reisten die üblichen Verdächtigen. Es gehört ja zum Charme dieses Transportmittels, das es in sich tatsächlich einen Querschnitt durch die Gesellschaft versammelt. An diesem Tag waren es eine Schulklasse, ein paar Wandervögel, zwei Biker und ein Priester. Letzterer weihte die Fahrt zur heiligen Mission, so dass selbst die pubertären Schüler in der hintersten Reihe gregorianisch rülpsten. Getrübt wurde die besinnliche Atmosphäre von einem Bildschirm, auf dem in einem endlosen Intervall dieselben vier News wiederholt wurden. So kam ich während der Reise ungefähr dreissig Mal in den Genuss der Information, dass die Rapperswil-Jona Lakers einen neuen Konditionstrainer suchen und der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew die nukleare Vernichtung Polens ankündigte. Ich hätte natürlich irgendwo anders hinschauen können, doch es ging nicht. Der Bildschirm zog mich mit seinen Wiederholungen, die etwas von einem Gebet hatten, in seinen Bann, so als wollte er mir zeigen, dass es vor der Apokalypse kein Entkommen gab. Wie falsch ist das doch, sagte ich mir. Natürlich soll man die Augen nicht vor der Welt verschliessen, aber gerade das Postauto sollte doch ein Hort des freudigen Eskapismus sein. Man sollte die Bildschirme abmontieren und durch ein Radio mit Ländlermusik ersetzen. Ein wenig Sedierung muss sein, wenn man dieses Leben heil überstehen will.

Anstelle des Schwyzerörgelis war es dann eine Flasche Rotwein, den ich auf der Terrasse eines Bergrestaurants genoss. Unter mir zog Nebel unheilschwanger den Hang hinauf, als wäre auch er nur ein Statist in diesem zweitklassigen Weltuntergangsfilm. Die Apokalypse, sagte ich mir nach ein paar Schlucken, hat wahrscheinlich längst angefangen. Nur zeigt sie sich nicht in Form von Reitern, die über den Erdball ziehen, sondern als die täglichen News im Postauto. Nukleare Vernichtung und Konditionstrainer. Dabei stumpft uns die ewige Wiederholung ab und sorgt gleichzeitig dafür, dass es kein Entkommen gibt, keine Auszeit vor dem Ende, dem wir mit jeder Fahrt ins Juhe im Minutentakt ausgeliefert werden. «Zum Wohl», rief ich in die Leere. «Zum Wohle, Toni», echote die Leere. Als ich zwei Stunden später wieder ins Postauto stieg, ging gerade die Sonne unter. Ich setzte mich auf denselben Platz wie zuvor, richtete den Blick nach vorne und las «Die Rapperswil-Jona Lakers suchen einen neuen Konditionstrainer». Die Sonne sank und tauchte unsere Fahrt in Schatten. Auf einmal überkam mich ein beklemmendes Gefühl. Ich drehte mich um und stellte fest, dass ich ganz alleine im Postauto sass. Nein. Fast allein. Da war noch ein schwarzgekleideter Mann mit weissem Kragen. Es war der Priester. «Pater», sprach ich ihn melodramatisch an. «Bitte sagen Sie mir. Wohin führt uns diese Reise? Ist es bereits zu spät, oder können wir noch einmal die Richtung ändern?»

Der Priester lächelte und hob die Arme. «Verzeihung. Ich steige hier aus.»

Ihre Toni Fleischmann.

«Entlastungspaket»: Bund, Kantone und Gemeinden bilden Vermögen auf Kosten der Leute

Unnötige Belastungen

Das «Entlastungsprogramm 27» stellt eine Belastung für die Bevölkerung dar. Es ist kontraproduktiv, wenn Bund, Kantone und Gemeinden auf Kosten der Bevölkerung Vermögen anhäufen, während gleichzeitig nützliche Massnahmen zurückgefahren werden. | Text: *SGB*

Der Schweizer Staat nimmt der Bevölkerung über Rechnungsüberschüsse Jahr für Jahr Geld weg und bildet daraus ein Staatsvermögen. Bund, Kantone und Gemeinden haben gar keine Schulden, sondern ein Vermögen von über 150 Milliarden Franken. Das sind rund 20 000 Franken pro Kopf. Und Jahr für Jahr wird mehr als eine Milliarde budgetierter Mittel nicht ausgegeben, die am Ende überzählig in der Kasse liegt. Gleichzeitig leidet die Bevölkerung immer stärker unter der steigenden Last der Krankenkassenprämien – weil die Prämienverbilligungen mit dem Anstieg nicht Schritt halten.

Auch die Industrie braucht Hilfe

Und ausgerechnet jetzt, wo Teile der Industrie aufgrund der US-Zölle Probleme haben, fährt der Bund die Unterstützung für Innovation und Berufsbildung zurück. Sollten die Zölle bleiben, so braucht ein Teil der Firmen Hilfe, bis sie neue Produkte entwickelt oder neue Märkte erschlossen haben. Zugleich übernimmt der Bund immer mehr Aufgaben der Kantone, weil diese zu passiv sind – etwa bei der Kita-Finanzierung oder in der Sozialpolitik. Diese Realität muss sich auch auf der Einnahmenseite des Bundes niederschlagen, beispielsweise indem der Kantonsanteil an der Bundessteuer gekürzt wird.

Weitere Beispiele für unsinnige Abbaupläne: Seite 10.

Alliance Sud: «Total für die Katz»

Eine Analyse von Alliance Sud zeigt, wie die viel zu rigide Schuldenbremse sinnvolle Ausgaben abschnürt. | Text: *Christoph Schlatter (Foto: Vesnaandic/iStock)*

Keine Reservebildung: Die Schuldenbremse ist für die Katz.

Andreas Missbach, Dominik Gross und Laura Ebneter kommen in ihrer Analyse für Alliance Sud zum Schluss, dass die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Ausgestaltung dysfunktional ist. Dabei stellen sie fest, dass die Schweizer Staatsverschuldung im internationalen Vergleich rekordniedrig ist, zumal wenn man sie am Bruttoinlandprodukt misst. Die Quote lag 2024 mit 17,2 Prozent sehr deutlich unter den Maastricht-Kriterien (60 Prozent).

Das Argument, die nachfolgenden Generationen würden durch Staatsschulden belastet, entkräften Missbach & Co. mit dem Hinweis, dass viel eher die Untätigkeit bei Zukunftsprojekten wie dem Klimaschutz gefährlich ist. Bei den Schulden besteht Luft nach oben: Bis 2035 stünden gemäss Berechnungen 153 zusätzliche Milliarden Franken zur Verfügung, wenn man das Schuldenniveau auf den Stand bei Einführung der Schuldenbremse anhöbe – das wäre noch immer die drittniedrigste Schuldenquote Europas. Eine Schuldenkrise, wie sie Staaten im globalen Süden erleben, ist für die Schweiz mit ihrer starken Währung unrealistisch.

Missbach, Gross und Ebneter zeigen aber auch, wie stark sich die Ausgestaltung der Schweizer Schuldenbremse von dem unterscheidet, was die Stimmberechtigten 2001 angenommen haben. In den damaligen Erläuterungen war die Rede vom Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben und von der Bildung einer Kasse für schlechte Zeiten. Aber diese «Schlechtwetterkasse» gibt es nicht – oder nur als theoretisches und asymmetrisch bewirtschaftetes Konto. Fehlbeträge dort müssen kompensiert werden, aber Überschüsse fliessen in den Schuldenabbau, nicht in die Reserve. So geschehen auch bei Corona.

Alliance Sud erwähnt das Jahr 2024 als besonders absurdes Beispiel: «Wegen eines erwarteten grossen Defizits hat der Bundesrat die ungebundenen Ausgaben um 500 Millionen Franken gekürzt, durch weitere Massnahmen wurden nochmals 2 Milliarden gespart – vor allem auf Kosten der Bildung, der Umwelt und der Entwicklungszusammenarbeit. In der Rechnung 2024 waren dann aber die Ausgaben um 1,14 Milliarden Franken geringer, die Einnahmen um einen ähnlichen Betrag höher. Gesamtabweichung: 2,3 Milliarden. Die Einsparungen, die schmerzhafte Auswirkungen in der realen Welt haben, waren total für die Katz (und den unnötigen Schuldenabbau).»

Die Unterstellung von ausserordentlichen Ausgaben unter die Schuldenbremse, 2010 vom Parlament beschlossen, hat diese Schieflage noch verschärft. Seitdem müssen auch Defizite im ausserordentlichen Haushalt durch eine budgetierte Reduktion der ordentlichen Ausgaben kompensiert werden. Auch das schmälert den Spielraum, den man erst recht in aussergewöhnlichen Zeiten bräuchte.

Diese Entlastung ist eine Belastung: Protest in Basel.

Mach kaputt, was dich kaputtmacht: Protest in Freiburg.

Proteste gegen «Entlastung» in Basel und Zürich

Breiter Protest an den Hochschulen gegen das geplante «Entlastungsprogramm 2027» des Bundesrats. An einer von der VPOD-Gruppe Mittelbau der Universität Basel organisierten Kundgebung wurde auf die mit dem Sparpaket verbundenen Einschnitte aufmerksam gemacht. Betroffen wären sowohl Forschende, wie Jonathan Pärli, Vertreter der Mittelbaugruppe, ausführte, als auch die Studierenden. Für letztere sprach Silvan Degen; er verurteilte die Pläne als Anschlag auf Qualität und Chancengleichheit. Auch im Kanton Zürich hat sich Widerstand gegen die Kürzungen formiert. Gemeinsam mit den Mittelbauverbänden von Universität und ETH und dem Verband der Studierenden der Universität Zürich hat der VPOD eine Demo auf dem Helvetiaplatz organisiert. VPOD-Regionalsekretär Jonas Keller legte dar, warum eine Verdoppelung der Studiengebühren für in- und eine Vervierfachung für ausländische Studierende kontraproduktiv sind: Hier studieren dann nicht mehr die Begabtesten, sondern diejenigen, die es sich leisten können. Der VPOD fordert den Bundesrat auf, die Kürzungen für Forschung und Bildung umgehend zurückzunehmen. | *vpod (Foto: vpod)*

PH FHNW: Angriff auf Bildungsqualität

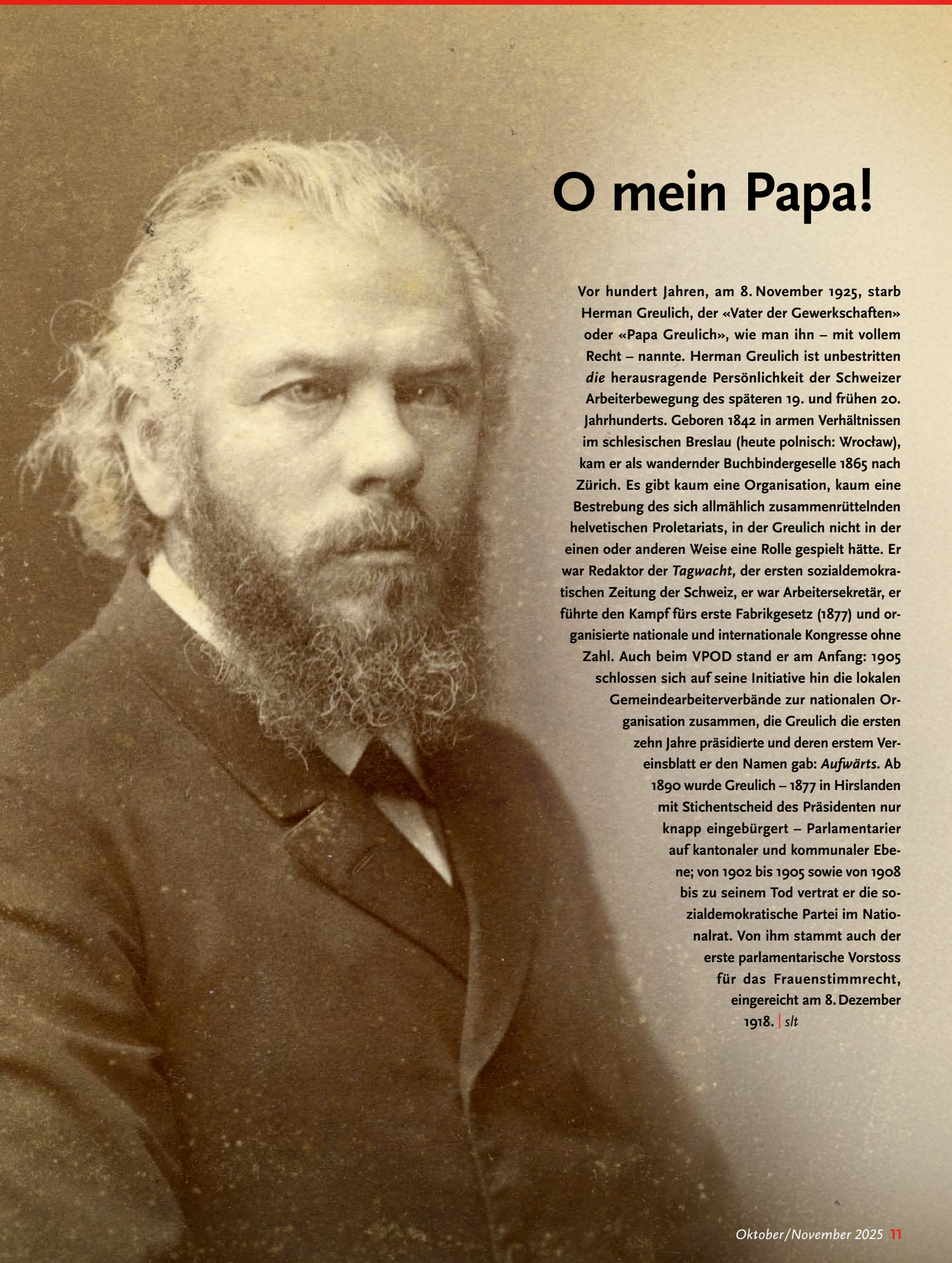
Die Pädagogische Hochschule FHNW will in den kommenden Jahren bis zu 40 Vollzeitstellen abbauen, um ein strukturelles Defizit von 5 Millionen Franken zu beseitigen. Öffentlich ist von «natürlicher Fluktuation» die Rede. In Wahrheit geht es um einen tiefgreifenden Abbau: Beschäftigungsgrade sollen gekürzt, Funktionen aufgelöst werden. Kündigungen stehen im Raum. Der VPOD macht klar: Wenn ein bestehender Leistungsvertrag mit weniger Personal erfüllt werden soll, bleibt irgendetwas auf der Strecke, vorliegend insbesondere die Zeit für Forschung. «Wer so vorgeht, produziert Überlastung, Verunsicherung und gefährdet die Qualität der Ausbildung», erklärt Dariyusch Pour Mohsen, VPOD-Regionalsekretär. Der GAV verpflichtet die Hochschule bei solchen Änderungen zum Einbezug der Sozialpartner. Die Ursache der Misere liegt bei den vier Trägerkantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn. Sie haben die Finanzierung der PH nicht an die steigenden Studierendenzahlen und die Teuerung angepasst. | *vpod*

Freiburg: Über 4000 am Streik- und Aktionstag

Mehr als 4000 Beschäftigte aus dem öffentlichen und dem subventionierten Sektor haben im Oktober an einem Streik- und Aktionstag im Kanton Freiburg teilgenommen. Vor allem im Gesundheitswesen wurde der Aufruf des VPOD sehr gut befolgt und die Arbeit, mit Ausnahme der wichtigsten Dienste, teilweise niedergelegt. Der Protest richtet sich gegen ein Programm namens PAFE (auf Deutsch: PSKF), mit dem die Regierung die Kantonsfinanzen gesundschrumpfen will. 405 Millionen Franken sollen dabei eingespart werden, unter anderem mit der Plafonierung des Kantonsbeitrags an die Kantonsspitäler. Das ist aus VPOD-Sicht unverantwortlich, weil die Situation namentlich in der Pflege bereits heute extrem angespannt ist. Die vom Stimmvolk angenommene Pflege-Initiative verlangt im Gegenteil Entlastung für das strapazierte Personal. | *vpod (Foto: vpod)*

Schwyzer Volk gönnt Lehrkräften mehr Geld

Wegen dem SVP-Referendum musste im Kanton Schwyz über die Erhöhung der Lehrerlöhne abgestimmt werden. 53,2 Prozent sprachen sich für die Anhebung der Einstiegslöhne aus, die auch vom Kantonsparlament gutgeheissen worden war. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass mehr an der PH Schwyz Ausgebildete im Kanton verbleiben, statt ins benachbarte Zürich abzuwandern, wo sie weit besser verdienen können. Die Unterschiede zwischen den Gemeinden sind allerdings enorm: In zürichnahen Gemeinden wie Wollerau und Freienbach votierten um die 70 Prozent für die Lohnerhöhung, in Muotathal nicht einmal ein Viertel. | *slt*



O mein Papa!

Vor hundert Jahren, am 8. November 1925, starb Herman Greulich, der «Vater der Gewerkschaften» oder «Papa Greulich», wie man ihn – mit vollem Recht – nannte. Herman Greulich ist unbestritten *die* herausragende Persönlichkeit der Schweizer Arbeiterbewegung des späteren 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Geboren 1842 in armen Verhältnissen im schlesischen Breslau (heute polnisch: Wrocław), kam er als wandernder Buchbindergeselle 1865 nach Zürich. Es gibt kaum eine Organisation, kaum eine Bestrebung des sich allmählich zusammenrüttelnden helvetischen Proletariats, in der Greulich nicht in der einen oder anderen Weise eine Rolle gespielt hätte. Er war Redaktor der *Tagwacht,* der ersten sozialdemokratischen Zeitung der Schweiz, er war Arbeitersekretär, er führte den Kampf fürs erste Fabrikgesetz (1877) und organisierte nationale und internationale Kongresse ohne Zahl. Auch beim VPOD stand er am Anfang: 1905 schlossen sich auf seine Initiative hin die lokalen Gemeindearbeiterverbände zur nationalen Organisation zusammen, die Greulich die ersten zehn Jahre präsidierte und deren erstem Vereinsblatt er den Namen gab: *Aufwärts.* Ab 1890 wurde Greulich – 1877 in Hirslanden mit Stichentscheid des Präsidenten nur knapp eingebürgert – Parlamentarier auf kantonaler und kommunaler Ebene; von 1902 bis 1905 sowie von 1908 bis zu seinem Tod vertrat er die sozialdemokratische Partei im Nationalrat. Von ihm stammt auch der erste parlamentarische Vorstoss für das Frauenstimmrecht, eingereicht am 8. Dezember 1918. | *slt*

Herman Greulich war Demokrat, Sozialist, Gewerkschaftsgründer und ein von «ganz unten» stammender Selfmademan

«Die Zeit, um Mensch zu werden»

Das Leben und Wirken von Herman Greulich, der als «Vater der Gewerkschaften» in die Geschichte einging, berührt eine weite Spanne von Orten, Themen und Organisationen. Versuch eines Lebensbildes in 100 Fragen und 100 Antworten. | Text: *Christoph Schlatter**

1 Warum dieses riesige Dossier? Was hat Greulich je für uns getan?
Herman Greulich hat uns gegründet. Und zwar am 19. November 1905 im Grütliheim in Zürich.

2 Allein?
Natürlich nicht allein, aber er ist die treibende Kraft beim Zusammenschluss lokaler Staats- und Gemeindearbeiterorganisationen zu einem nationalen Verband. Der heisst damals noch nicht VPOD; der Name kommt erst 1924.

3 Sondern?
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

4 Und der wurde von einem Ausländer gegründet?
Zu jenem Zeitpunkt ist Greulich längst eingebürgert. Seine ausländische Herkunft wurde ihm aber immer wieder vorgeworfen. Er pflegte in der folgenden Art zu antworten: «Was habt ihr für ein politisches Verdienst daran, dass ihr Schweizer seid? Habt ihr euch etwa darum bemüht? Habt ihr eine Leistung vollbracht, um euch damit als Schweizer zu legitimieren? Wenn ja, dann ist's recht. Ich bin Schweizer aus eigener Wahl und eigenem Entschluss.»

5 Woher stammt er denn ursprünglich?
Aus ↓ Breslau.

6 Aus Polen?
Als Herman Greulich dort am 9. April 1842 zur Welt kommt, ist Breslau eine preussische Stadt mit weit überwiegend deutschsprachiger Bevölkerung. Just in Greulichs Geburtsjahr überschreitet Breslau die 100 000-Einwohner-Marke; es ist die fünftgrösste Stadt im Deutschen Bund nach Wien, Berlin, Hamburg und Prag.

7 Aus welchen Verhältnissen kommt Greulich?
Von ziemlich weit unten. Er ist das einzige Kind eines Kutschers, der offenbar alkoholkrank ist oder es wird und der stirbt, als der Bub 13 Jahre alt ist. Schon vorher geht «das Hungergespenst im Hause Greulich um». Danach muss die Mutter allein für sich und das Kind sorgen. Greulich besucht die kostenlose Armenschule.

8 Aber er kann eine Lehre machen?
Das ist angesichts der prekären Verhältnisse nicht selbstverständlich. Und auch nicht angesichts eines Augenleidens, weswegen er einen ersten Lehrversuch – als Handschuhmacher – abbrechen muss. Er wechselt zur ↑ Buchbinderei. Weil er dem Meister kein Lehrgeld zahlen kann, dauert die Ausbildung fünf Jahre. Übrigens ist das Gesellenstück Greulichs, also das Resultat seiner praktischen Lehrabschlussprüfung (ein nach allen Regeln der Kunst gebundenes Buch), erhalten. Es liegt in Zürich im Sozialarchiv.

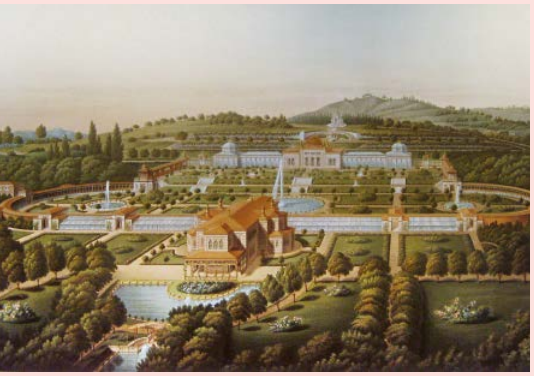
9 Wie kommt der Buchbindergeselle nach Zürich? Und warum?
Wie jüngst im *VPOD-Magazin* ausführlich beschrieben, ist die Gesellenwanderung ein jahrhundertealter Brauch, oft sogar Zwang, im deutschen Handwerk. Sie dient der Arbeitsmarktregulierung, dem Wissenstransfer und der Charakterfestigung. Auch Greulich macht sich 1862 auf die Walz.

10 Mit dem Ziel Schweiz?
Nicht so direkt. Greulich kommt von Schlesien über Böhmen und Mähren nach Österreich, aber weder in Wien noch in Salzburg, wo er gerne geblieben wäre, findet er Anstellung. Also wandert er weiter, ins Schwäbische. Und kommt nach Reutlingen.

11 In Süddeutschland liegen die Herde der 1848er-Revolution, die noch nicht lange vorbei ist.
Ja, zwar eher im Badischen als im Württembergischen. Aber die Reutlinger haben sich der Badischen Revolution angeschlossen und die sogenannten Märzforderungen beim König deponiert.

12 Märzforderungen?
Im Wesentlichen die Forderung nach Pressefreiheit, Schwurgericht, Volksheer, nach einem nationalen Parlament, überhaupt dem Nationalstaat. Und nach Menschen- und Bürgerrechten.

13 Ist Greulich zu jener Zeit schon Sozialist?
Eher Linksdemokrat. Wir befinden uns in einem Zeitraum, in dem sich die beiden Bewegungen – die bürgerliche und die proletarische – noch zurechtruckeln und an vielen Orten miteinander verbunden sind. Das sieht man auch an einem Kongress in Stuttgart, auf den Herman Greulich vom Reutlinger Arbeiterverein delegiert wird.



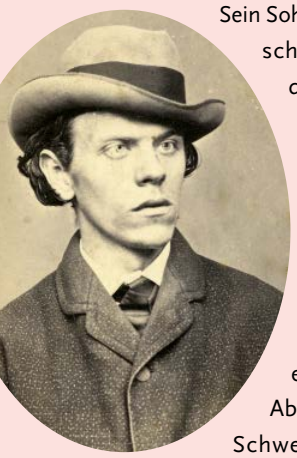
14 Was war in Stuttgart?

«Diese Tagung wurde darum zu einem historisch bedeutsamen Ereignis, weil an ihr eine Minderheit unter Führung August Bebels, der auch Greulich angehörte, sich dafür einsetzte, dass die Arbeitervereine den Kampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht aufnehmen sollten», heisst es in der Greulich-Biografie von Weckerle. Und in Stuttgart, genauer: im Schlossgarten ↑ Wilhelma von Bad Cannstatt, wird Greulich auch in die Schweiz geschickt. Quasi.

15 Wie das?

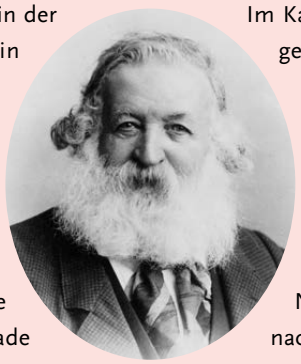
«Sie müssen in die Schweiz!», seien die Worte Karl Mayers gewesen.

16 Der schwäbische Dichter Karl Mayer?



Sein Sohn gleichen Namens, ein schwäbischer Demokrat, der wegen seiner Beteiligung an der 1848er-Revolution 1849 in die Schweiz geflohen ist und in der Heimat in Abwesenheit zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt wird. 1863 kehrt er nach Stuttgart zurück. Aber er sieht in der Schweiz weiterhin einen Hort der Demokratie, wie sein Tipp an ↖ Greulich zeigt.

17 Lassen wir Greulich jetzt endlich in Zürich ankommen!



Herbst 1865. Die politische Gemeinde Zürich zählt gerade einmal 20 000 Köpfe. Nimmt man das heutige Stadtgebiet, wohnen rund 40 000 Leute dort. 1925, im Todesjahr Greulichs, werden es rund 200 000 sein. Schon an diesem Wachstum lässt sich ablesen, in welch bewegten Zeiten Greulich lebte.

18 Zürich – eine kleinstädtische Idylle?

Greulich beschreibt seine Ankunft so: «Es war noch ein kleines Bahnhöflein, an dem man ein- und ausstieg. Vor ihm breitete sich noch eine grosse, unbebaute Ebene aus, auf der sich später das Bahnhofquartier erheben sollte, zeitweise weideten dort Schafe das spärliche Gras ab.» «Suuserduft» habe sich mit dem Gestank aus den Ehgräben vermischt (wo die Ausscheidungen von Herrn und Frau Zürcher vor Einführung der Kanalisation landeten). Und ➔ Zürich ist auch sonst keine Idylle.

19 Warum nicht?

Es herrscht das «System Escher». Politische und wirtschaftliche Macht ballt sich in den Händen weniger: des Industriemagnaten Alfred Escher und seiner Entourage. Mit heutiger Terminologie müsse man Escher als Oligarchen bezeichnen. Reich durch Erbschaft, nutzt er seine wirtschaftliche Macht für die politische Karriere und vice versa. Der Bankenkönig und Eisenbahnbaron ist gleichzeitig Regierungsratspräsident, Präsident der von ihm gegründeten Schweizerischen Kreditanstalt und der Nordostbahn, dazu Nationalrat.

20 Das macht nicht alle glücklich?

Im Kanton Zürich ballt sich etwas gegen Escher & Co. zusammen. Die Cholera-Epidemie von 1867 trägt mit dazu bei. Und ein gewisser ← Karl Bürkli, mit dem sich Herman Greulich in Zürich sogleich anfreundet.

21 Der Bürkliplatz-Bürkli?

Nein. Der Zürcher Bürkliplatz ist nach Arnold Bürkli benannt, dessen Wirken als Stadtingenieur Zürichs Innenstadt ihre heutige Gestalt verdankt. Karl Bürkli ist sein Cousin – er hat nur ein kleines Strässchen im Kreis 4 zugesprochen erhalten. Dabei war auch sein Einfluss beträchtlich. Auf die Politik. Und auf seinen Freund Greulich, mit dem er die Ideen des Frühsozialisten ↘ Charles Fourier teilt. Er fordert Konsum- und Produktivgenossenschaften, Volksbanken, will den Kapitalismus überwinden.

22 Charles Fourier – ein «utopischer Sozialist»?

Für Greulich ist das nichts Negatives. «Die Illusion ist der unzertrennliche Begleiter des Zukunftsdranges», schreibt er über den aus seiner Sicht «Vielverkannten». (Man muss an dieser Stelle aber auch noch anmerken, dass Fourier ein grauslicher Antisemit war.)

23 Greulich war also Fourierist? Nicht Marxist?

Greulich hat sehr wohl auch seinen Marx und seinen Engels gelesen. Er ist bloss kein Dogmatiker: «Orthodox war ich nie. Schon vor langer Zeit und seither wiederholt habe ich erklärt: In Dingen der

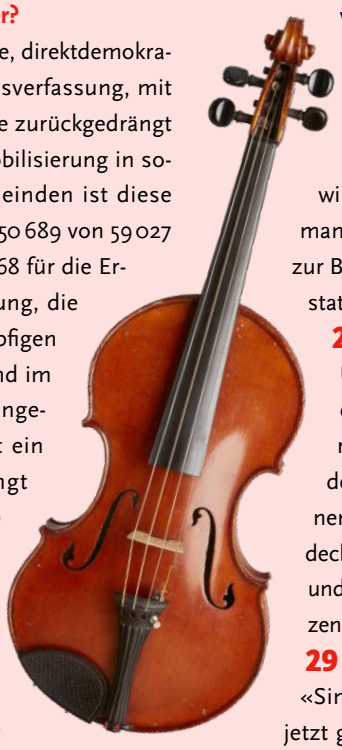
menschlichen Gesellschaft gibt es keine absoluten Wahrheiten. Die Theorien sind stets an den Tatsachen zu prüfen. Zeigt sich ein Widerspruch zwischen Lehre und Tatsache, so ist nicht die Tatsache, sondern die Lehre unrichtig.» Die Kernelemente der Gedanken von ↖ Marx und Engels hat Greulich voll rezipiert – auch den Materialismus, den er lediglich unglücklich bezeichnet findet. Einen weiteren Namen müsste man hier noch nennen.

24 Ja bitte?

Friedrich Albert Lange, der, aus dem Rheinland stammend, in Zürich aufgewachsen ist und studiert hat und der – ähnlich wie Marx – eine materialistische Philosophie entwickelt, die sich mit den Bestrebungen der Arbeiterschaft verknüpfen lässt. 1866 holt ihn sein Jugendfreund Salomon Bleuler nach Winterthur. Beim erfolgreichen Kampf gegen das «System Escher» spielt er als eine zentrale Figur der Winterthurer Demokraten eine wichtige Rolle.

25 Und worin besteht nun dieser Aufstand gegen Escher?

Im Kampf um eine neue, direktdemokratische Zürcher Kantonsverfassung, mit der die Geldaristokratie zurückgedrängt wird. Dank Massenmobilisierung in sogenannten Landsgemeinden ist diese Bewegung erfolgreich: 50 689 von 59 027 stimmen im Januar 1868 für die Erneuerung der Verfassung, die dann von einem 35-köpfigen Gremium erarbeitet und im April 1869 vom Volk angenommen wird. Sie ist ein Meilenstein. Sie bringt direkte Volksrechte, sie schafft Todes- und Kettenstrafe ab, sie legt die Basis für eine staatliche Kantonalbank, sie schleift das Koalitionsverbot und gibt damit Raum für die Entwicklung von Gewerkschaften. Auch der Schutz der Werktätigen ist erwähnt; der Staat muss dazu «auf dem Wege der Gesetzgebung» die «nötigen Bestimmungen» erlassen. Die Zürcher Verfassung von 1869 ist das Vorbild für die zweite Bundesverfassung 1874, mit welcher die Schweiz zum demokratischsten Staat der Erde wird.



26 Greulich ist offenbar in Zürich sofort gut vernetzt.

Für wandernde Handwerkergesellen gibt es ja Adressen. Er wendet sich dorthin, wo ihm die Unterstützung seines Verbandes ausgezahlt wird. Die Kasse der Buchbinder befindet sich 1865 im «grünen Hüsli» nahe dem Zürcher Hauptbahnhof: «Die Wirtschaft wurde damals von zwei gemütlichen Jungfern gehalten, es hingen eine Gitarre und eine Geige dort, und es fanden sich immer musikalische Kollegen, die etwas losgaben.» Später wird das «Grüne Hüsli» Sitz der Zürcher Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

27 Und die deutschen Arbeitervereine?

Herman Greulich wird quasi per sofort Mitglied bei der «Eintracht Zürich» und dort sehr rasch in Vereinsämter gewählt. 1916, bei Auflösung des Vereins, wird er derjenige sein, der im Vereinslokal am Zürcher Neumarkt am häufigsten als Referent aufgetreten ist. Zum ersten Mal vereinsaktenkundig wird er allerdings mit dem Antrag, man möge ihm die ← Vereinsvioline zur Benutzung überlassen. Dem wird stattgegeben.

28 Er konnte Geige spielen?

Und auch Klavier. Wie und wo er das alles gelernt hat, ist etwas rätselhaft. Greulich hat als einer, der von «ganz unten» kommt, einen ungeheuren Wissens- und Entdeckerdrang, hat extrem viel gelesen und sich eine Unzahl von Kompetenzen selbst erarbeitet und angeeignet.

29 Auch von Sprachen?

«Sind stille, Chinde, de Vatter lehrt jetzt grad Holländisch», habe es am Greulichschen Mittagstisch einmal geheissen. Auch das Fotografieren – damals noch eine Kunst – hat er erlernt. Und dann war da, wie erwähnt, die Liebe zur Musik.

30 Manifestationen derselben?

Greulich hat in Zürich – «wegen seiner schönen Bassstimme und seiner begeisterten Hingabe sehr geschätzt» – im Gemischten Chor gesungen, also einem «bürgerlichen» Chor unter der Leitung von Volkmar Andreae (der später die erste Gesamteinspielung der Bruckner-Sinfonien vorlegen wird). Bachs h-Moll-Messe spielt eine zentrale Rolle bei Greulichs Rede anlässlich des Basler Friedenskongresses 1912 – er liefert darin sozusagen eine weltliche Deutung des Auferstehungsgedankens. Überliefert ist, dass ihm auch Händel und Beethoven nahestanden. Und dass ihm seine Enkelinnen eine Woche vor seinem Tod Glucks «Reigen seliger Geister» vorgespielt haben.

31 Wir müssen zurück in die 1870er Jahre!

Sogar ins Jahr 1869. Nach Eisenach, Thüringen. Im August wird dort die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands gegründet. In der Schweizer Abordnung dabei ist Herman Greulich, der den Funken in die Schweiz zurückträgt. Auch hier wird jetzt der Versuch zur Gründung einer Partei unternommen. Deren Organ, die *Tagwacht,* eilt den Tatsachen allerdings voraus und erscheint schon ab Ende 1869. Und sie besteht auch länger als die rasch verpuffte erste SP. Redaktor: Herman Greulich.

32 *Tagwacht*? So heissen mehrere Zeitungen.

Die erste *Tagwacht* erscheint zunächst wöchentlich, dann, ab 1873, neu vom Arbeiterbund herausgegeben, sogar zweimal pro Woche. Die maximale Auflage erreicht sie zur Mitte des Jahrzehnts mit 2000 Exemplaren. Den Löwenanteil zum Inhalt steuert Greulich selbst bei, obwohl die Stelle nicht existenzsichernd ist. Seine Frau ← Johanna hilft beim Vertrieb. Und sie schaut dem Mann – «noch ein allzu feuriger Draufgänger und in seinen Ausdrücken nicht immer sachlich genug» – auch beim Schreiben über die Schulter und korrigiert ihn sanft: «Da gab es manches scharfe Wort zu mildern, das ihm noch viel mehr Feindschaft eingetragen hätte.»

33 Greulich hat inzwischen geheiratet?

Ungewöhnlich für die Zeit: Es ist eine rein zivile Hochzeit, als Herman Greulich 1867 seine Stenografie-Lehrerin Johanna Kaufmann ehelicht. Den Heiratsantrag verfasst er in Kurzschrift; offenbar war es pressant, «denn auch andere hatten ihr Auge auf das schöne, kluge Hannchen geworfen». Das erste ↓ Kind ist auch schon unterwegs. Sieben sollen es werden.

34 Kann man etwas sagen zur Frau Greulich?

Man kann: «Treue Gehilfin ihres Mannes, der nur dadurch seine ganze Kraft seinen Aufgaben widmen konnte.» Das hat Herman Greulich selbst über seine Gattin geschrieben. Bescheidenheit, unerschöpfliche Energie und menschliche Grösse attestiert ihr auch Tochter Gertrud Medici-Greulich: «O, sie hätte sich für jedes von uns in Stücke hauen lassen, und was sie für das Eine und Andere getan und auf sich genommen hat, war gross.»

35 Es gibt bis heute Greulich-Nachkommen, gell.

Der im VPOD engagierte, 2023 verstorbene Marco Medici war ein Urenkel Greulichs. Seine Tochter → Gabriela, SGB-Zentralsekretärin, folglich Ururenkelin. Dieser Zweig der Familie stammt von der erwähnten Greulich-Tochter Gertrud (1876–1967) ab, die einiges über ihren Vater publiziert hat. Es treibt sie aber weiter nach links; in den 1950er Jahren tritt sie aus der SP aus («Untreue an der klaren sozialistischen Gesinnung» nennt sie als Grund). Beim Vater ortet sie posthum einen «Irrtum» hinsichtlich seiner «Einstellung zu Russland». Interessant ist auch die Geschichte von Greulichs Ältester, Margarete (1867–1917), die sich an

der Kunstgewerbeschule Zürich und der Königlichen Kunstschule Berlin zur Malerin ausbilden lässt. Furore macht sie mit einem Karl-Marx-Bild, das beim Zürcher Sozialistenkongress 1893 die alte Tonhalle ziert. Erhalten sind diverse ↑ Aktbilder.

36 Schon wieder abgeschweift!

Gar nicht wahr. Wir sind bei der jungen Familie Greulich. Wir sind in den 1870er Jahren. Wir sind bei den ersten Gewerkschaftsgründungen, die Greulich initiiert: diejenigen der Eisenarbeiter, Schuhmacher, Steinhauer, Färber, Zimmerleute, Schreiner. Diese ersten Organisationen haben meist nicht lange Bestand. Aber ab 1873 skizziert Greulich in einer Artikelserie in der *Tagwacht*, wie er sich das mit den Gewerkschaften vorstellt.

37 Nämlich?

Als Aufgaben nennt er: «Versicherung gegen Krankheit und Erwerbsunfähigkeit durch Invalidität», «Schutz der Mitglieder gegen Massregelungen, unwürdige Behandlung, Übervorteilung und gesundheitsschädliche Einrichtungen», «gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtungen für Arbeitslose», «statistische Erhebungen über die allgemeine Lage der Arbeiter» und «das Eingreifen der Gewerkschaften zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Erhöhung des Arbeitslohns».

38 Was steht sonst so in der *Tagwacht*?

Auch Gedichte stehen drin. 1874 erscheint zum Beispiel dieses – von Herman Greulich: «Das Wort muss werden Fleisch einmal / und Wirklichkeit das Ideal / das alle Toren höhnen. / Die Nacht entflieht, der Morgen graut – / in Millionen wird es laut, / was längst die Besten sehnen. // Das Wort muss werden Fleisch einmal / und abgelöst der Knechtschaft Qual, / das Sklaventum der Massen. / Das ist's, was alle Welt durchbebt –, / warum die Menschheit vorwärts strebt, / die Zukunft zu erfassen. // Das Wort muss werden Fleisch einmal, / es leuchtet wie ein Wetterstrahl / all denen, die da leiden. / Ich bin ein Mensch! So schreit es auf, / so tönt's voran dem Sturmeslauf, / das muss den Kampf entscheiden.»

39 Welchen Kampf konkret?

Den um die Arbeitszeit zum Beispiel! Zur Mitte des 19. Jahrhunderts schalten und walten die Fabrikanten fast uneingeschränkt, ohne Rücksicht auf soziale und gesundheitliche Risiken der Arbeiterinnen und Arbeiter. Auch Kinderarbeit ist verbreitet. Ausser in Glarus: Dort hat die Landsgemeinde schon 1848 einen ersten Pflock eingeschlagen; ein Markstein ist das Fabrikgesetz von 1864, das den 12-Stunden-Tag bringt. Mit Greulichs Hilfe in Vernehmlassung und Abstimmungskampf folgt 1877 auf die Glarner Steilvorlage ein erstes eidgenössisches Fabrikgesetz, eine erste staatliche Begrenzung der ← Arbeitszeit.

40 Auf wie viele Stunden?

Auf 11 Stunden am Tag, am Samstag auf 10.

41 Aus heutiger Sicht sehr lange…

Aber kurz im Vergleich zu 13, 14 oder 15 Stunden, die vorher häufig waren. Zeitgenössisch und für Greulich ist die (knapp) gewonnene Abstimmung jedenfalls ein Grund zum Jubel: «Nun gab's freudige Gesichter. Die Oerlikoner liessen sofort Böllerschüsse los, um die Nachricht und ihre Freude kundzutun. Wir liessen sofort Plakate drucken mit der Einladung auf den Abend ins ‹Alte Schützenhaus›, die Tessinermusik wurde engagiert und eine Partie Fackeln gekauft.» 1877 hat Greulich aber *noch* einen Grund, sich zu freuen.

42 Welchen?

Er erhält das Schweizer Bürgerrecht. Wenn auch nur hauchdünn. Im Gemeinderat von ← Hirslanden – damals, vor der Eingemeindung 1893, noch eine selbständige Gemeinde – herrscht ein Patt. Der Stichentscheid des Präsidenten gibt den Ausschlag – und legt die Basis für Greulichs späte Karriere als Parlamentarier. Wir kommen noch darauf.

43 Er ist doch gut integriert, oder?

Schon fast bis zur Unkenntlichkeit assimiliert. Im Alter gilt er gar als «Experte für reinstes Zürichdeutsch». Devise: «Wenn ich in ein anderes Land kam, war es stets mein Bestreben, mich so bald wie möglich mit seinen Einrichtungen, Sitten und Gewohnheiten möglichst genau bekannt zu machen und mich in meinem Verhalten danach zu richten.»

44 Die knappe Einbürgerung zeigt: Er ist trotzdem nicht überall beliebt.

Natürlich nicht! Ein Zugewanderter, der die Schweizer Arbeiter aufhetzt! Das generiert auch Feindschaften, abgesehen von denen in den eigenen Reihen.

45 Was soll das jetzt wieder heissen?

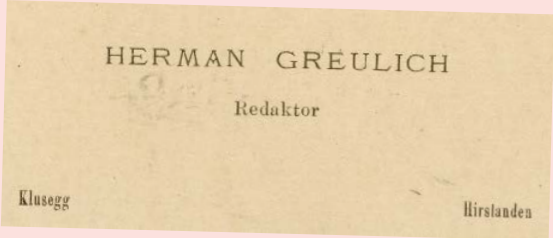
Die *Tagwacht* erscheint am 25. Dezember 1880 zum letzten Mal. Greulich verliert die Stelle und ist verletzt: «Es ist schnell gegangen. Ein Tag der Diskussion in Olten, und man war mit der *Tagwacht* und ihrem ↘ Redaktor fertig.» Auch die «äusserst dürftige Solidarität des grössten Teils der Genossen» beklagt er. Mit der Einstellung der Zeitung stellen sich Existenzsorgen für die wachsende Familie ein, zumal man sich auch noch – nach einem Brand – hypothekarisch hat verschulden müssen.

46 Wie das?

Nachdem Greulich in seinen Zürcher Anfängen ziemlich herumgeschubst wird, kann die Familie 1875 eines von zwei zusammengebauten ↑ Häuschen in der Klus erwerben. Das ist damals noch weit vor der Stadt. «Der Abhang vor dem Haus trug einen Rebberg, von dem ein kleiner Teil zu unserem Haus gehörte», erinnert sich Gertrud. Heute zeugt an der Klusstrasse 28 eine Gedenktafel vom berühmten Bewohner.

47 Und dort hat's gebrannt?

Hören wir erneut Gertrud: «Bis die Feuerspritzen von Hirslanden und Hottingen die steile Anhöhe heraufgeschleppt und in Verbindung mit dem Feuerweiher in der ‹Hinteren Klus› gebracht waren, hatte sich die Katastrophe vollzogen.» Das Haus ist bis aufs Erdgeschoss abgebrannt, letzteres hat schweren Wasserschaden. Und die Feuerwehr lässt ihren Ressentiments offenbar freien Lauf: «Sie haben sich ein Gaudi daraus gemacht, dem Greulich seine paar Möbel kaputt zu schlagen und die Stücke aus dem Fenster zu werfen.»



48 Krise bei Greulichs, Krise der Wirtschaft…

Börsenkrach und Depression: Ab 1873 kommt die Weltwirtschaft aus dem Tritt; auch die Schweiz gerät in den Abwärtsstrudel, vor allem die Eisenbahnprojekte. Die 1880er Jahre sind durch grosse Auswanderungswellen geprägt; Erholung kommt erst in den 1890ern.

49 Und wie kommt Greulich durch?

«Anbauen – oder hungern»: Frau Johanna treibt Subsistenzwirtschaft, bebaut den Garten, hält Ziegen, Hühner und Kaninchen. Vom hauseigenen Weinberg war schon die Rede, auch den bewirtschaftet sie: «Sie ging ans Polytechnikum, um den Rebbau zu erlernen.»

50 Und er, Herman?

Wird Kaffeeröster. Die Stelle beim Konsumverein hat ihm sein Freund Karl Bürkli verschafft. Es ist ein anstrengender Job, schwere Säcke sind zu schleppen. Gleichzeitig findet er Zeit für eine Abhandlung über Fourier. Und er entdeckt – wieder einmal – ein neues Gebiet: die Statistik.

51 1880 gab es eine Volkszählung.

Deren Zürcher Resultate wertet Greulich nach Beruf und Staatsangehörigkeit aus. Diese Arbeit qualifiziert ihn für die nächste Stelle: Er wird Kanzlist beim Statistischen Amt des Kantons Zürich. Und 1885 dessen Leiter. 1887 kommt dann sozusagen die Lebensstelle.

52 Und die wäre?

Herman Greulich wird Arbeitersekretär.

53 Was muss man sich darunter vorstellen?

Ein schweizerisches Arbeitersekretariat einzurichten, war ursprünglich ein Plan des Grütlivereins. Auch dass der Bund dieses subventionieren müsse. Der Bundesrat ist einverstanden, sofern alle Arbeiterorganisationen, also auch die katholischen, einbezogen werden.

54 Staatliches Geld für den Arbeitersekretär?

Einer, den diese Subvention später auch stört, ist ein gewisser ↖ Lenin. Der hält Greulich aus diesem Grund für einen gekauften Agenten des Bundesrates. Das ist natürlich absurd. Aber ein gewisses Lavieren zwischen den Ansprüchen an

eine «neutrale» Stelle und den Erfordernissen der Bewegung kann man sicherlich ausmachen.

55 Wie füllt Greulich das Amt aus?

Seine statistischen Kenntnisse kommen ihm zu Hilfe. Er lässt Zahlen sprechen und zeigt, «dass der Anteil der Arbeiterklasse weit hinter dem Zuwachs der Gesellschaft an Reichtum und Machtmitteln zurückgeblieben ist». Aber in erster Linie agitiert er. Aus seiner Sicht ist der Zusammenschluss der Werktätigen in Gewerkschaften unerlässlich, wenn bessere Bedingungen erreicht werden sollen.

56 Ist er allein in seinem Büro?

Nein, er hat Adjunkten. Einer von ihnen ist ↘ Gottfried Reimann, der 1907 in Biel der erste sozialdemokratische Stadtpräsident der Schweiz wird.

57 Greulichs Ruf als «Vater der Gewerkschaften» rührt aus diesen Jahren?

Ja. Er schreibt beispielweise den Entwurf zu Statuten für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, der ab 1881 aktiv wird. Darin finden sich wesentliche Grundsätze.

58 Was sind das für Grundsätze?

Derjenige der parteipolitischen und konfessionellen Neutralität zum Beispiel. Solche Gewissensfragen sind Greulich – obwohl oder weil er selbst Freidenker ist – sehr wichtig. Oder das Prinzip, dass in jeder Branche nur eine einzige Gewerkschaft tätig sein soll.

59 Das ist heute nicht eingehalten …

Ja, die katholischen Gewerkschaften oder das, was von ihnen übriggeblieben ist, laufen quer dazu. Und die Berufsverbände betreiben gern eine Vernebelung des Unterschieds zwischen Gewerkschaft und Standesorganisation. Dabei hilft auch der heutige SGB mit, wenn er Berufsverbände als Mitglieder zulässt.

60 Ist die von Greulich in der *Tagwacht* skizzierte Wegleitung immer noch gültig?

Im Wesentlichen ja. Es geht um Geld und Zeit, die beiden wichtigsten Stellschrauben für die Gewerkschaften. Und es geht um den Schutz der Arbeitenden vor all dem, was ihnen bei der Arbeit widerfahren kann: Unfall, Invalidität, Krankheit, Arbeitslosigkeit. Und Alter …

61 Wo sich die Fabrikanten im 19. Jahrhundert fein raushalten …

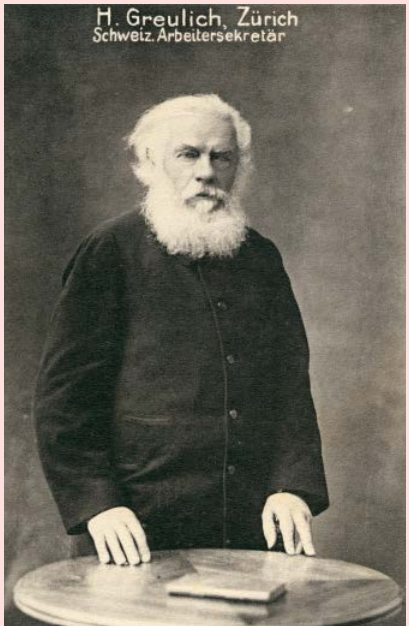
Zum einen sind die Gewerkschaften selbst Versicherungen für diese Lebens- und Arbeitsrisiken. Diese Funktion verlieren sie im 20. Jahrhundert nach und nach, weil dann staatliche oder obligatorische Versicherungen greifen – ebenfalls unter anderem auf Betreiben der Arbeiterschaft. Also Greulichs.

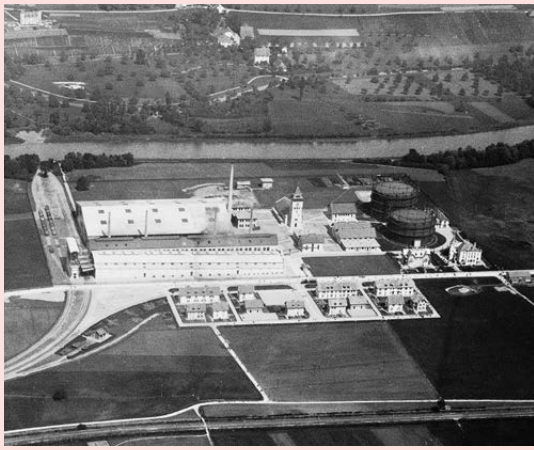
62 Die Suva zum Beispiel?

Die Gründung der Unfallversicherung Suva zieht sich über Jahrzehnte harzig hin. 1912 endlich wird sie in der Volksabstimmung angenommen, 1918 erst kann sie loslegen. Es wird niemanden mehr überraschen, dass sich unter den Mitgliedern des ersten Suva-Verwaltungsrats ein gewisser ↓ Herman Greulich findet. Ein Etappenziel ist erreicht, dem viel Agitation vorausgegangen ist, unter anderem auf Kongressen.

63 Beispiel?

Der Internationale Arbeiterschutzkongress 1897 in Zürich, an dem fast 400 Delegierte aus der halben Welt teilnehmen – auch so berühmte wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht (ein alter Freund Greulichs), Clara Zetkin und Victor Adler (der Gründer der österreichischen Sozialdemokratie). Von dieser Tagung, bei der übrigens Greulich-Tochter Margarete über «Arbeit der Frauen» referiert, führt eine fast direkte Linie zur → ILO, zur Internationalen Arbeitsorganisation.





64 Von den Gewerkschaftsgründungen haben wir die wichtigste bereits gestreift.

Der VPOD entsteht 1905, wenn auch noch nicht unter heutigem Namen. Und zwar durch den Zusammenschluss folgender lokaler Organisationen: aus Basel der Staatsarbeiterverein und der Verein der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, aus Bern der Gemeindearbeiterverein, aus Winterthur ebenfalls der Gemeindearbeiterverein sowie der Arbeiterverein des Gaswerks, dazu aus Zürich der Verein der städtischen Arbeiter.

65 Es ist sonst immer die Rede von acht Gründungsmitgliedern.

Nicht vor Ort, aber ebenfalls mit von der Partie sind der Gasarbeiterverein ↑ Schlieren-Zürich sowie der Verein der Militäranstalten Zürich.

66 Erster Präsident der neu gegründeten Gewerkschaft?

Herman Greulich. Wer sonst?

67 Verbandsbeitrag?

10 Rappen im Monat. Erhöhung auf 20 Rappen im Jahr 1908.

68 Wozu?

Unter anderem für die Herausgabe einer Zeitung, der Vorgängerpublikation unseres heutigen *VPOD-Magazins*. Bei Greulichs Vorschlag für den Namen des

PLUS HAUT
Organe de la Fédération des ouvriers des communes et des Etats
AUFWÄRTS
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in der Schweiz
: IN ALTO :
Organo della Federazione degli operai comunali e degli stati

Organs – ↗ *Aufwärts* – zuckt die Versammlung 1908 zusammen. Er wird 1915 in *Der Gemeinde- und Staatsarbeiter* und 1924 in *Der öffentliche Dienst* geändert. Aber da ist Greulich schon nicht mehr an Bord.

69 Warum das?

1915, bei seinem Rücktritt, ist er 73 Jahre alt. Es sind aber auch die zermürbenden internen Konflikte, die seinen Rückzug mitverschulden. «Durch so viel Unverstand erbost und entmutigt» sei er gewesen. Es hat sich im VPOD seit damals also nicht so furchtbar viel verändert. In Zeiten der grössten Krise übt man sich in Selbstzerfleischung.

70 Damals: Erster Weltkrieg!

In der Debatte um die Landesverteidigung nimmt Greulich eine befürwortende Position ein und setzt sich damit 1917 in Opposition zur SP-Parteimehrheit.

71 Wie argumentiert er denn?

Er sagt: «Wir haben uns nach den gegebenen Verhältnissen zu richten, und diese sind derart, dass die grosse Mehrheit des Schweizervolkes, wahrscheinlich auch die Mehrheit der Arbeiter, und sogar der organisierten Arbeiter, findet, wir haben etwas zu verteidigen und sollen es auch tun.» Zu dieser Haltung gelangt die SP erst – angesichts der Bedrohung durch rechte Diktaturen – 1935.

72 In Opposition zur Parteilinie gerät Greulich auch in der Frage des Landesstreiks, nicht wahr?

Da braut sich ja im vierten Weltkriegsjahr etwas zusammen, wozu die immer schwieriger werdende Versorgungslage der Bevölkerung mit beiträgt, auch wenn sie nicht alleinige Ursache ist. Greulich ist nicht grundsätzlich gegen Streik, aber er sieht ihn nicht als Selbstzweck. Und er findet: «Das Mittel muss dem Zwecke entsprechen.» Er geht also auf Distanz zu Robert Grimm, der davon ausgeht, mit diesem Streik – eher ein Massenstreik denn ein Generalstreik – Druck machen und etwas zugunsten der Arbeiterschaft drehen zu können. Und sowieso zu Fritz Platten, der schon die sozialistische Revolution heranrollen sieht.

73 Greulich unsolidarisch?

Das kann man nicht sagen. Im Nationalrat stellt er sich uneingeschränkt hinter den Streik: «Ich erkläre mich solidarisch mit dem, was da geschehen ist.» Er stellt auch klar, von welcher Seite in Zürich die Gewalt ausging: «Gewalt von Seite der Arbeiterschaft ist nirgends geleistet worden, sondern die Gewalt war auf der Seite des ➜ Militärs.»

74 Die Forderungen des Generalstreiks sind ja auch Greulichs Forderungen.

Genau: die 48-Stunden-Woche, das Frauenstimmrecht, die AHV usw. Greulich argumentiert auch mit dem von den Bürgerlichen praktizierten Spiel auf Zeit: «Es sind Gesetze verschleppt worden auf eine Art, die nicht energisch genug kritisiert werden kann. Wie lange hat man den Proporz verschleppt, um ja die liebe Herrschaft nicht zu verlieren. Wie lange verschleppt man die Postsparkasse! Warum? Weil die Bankokraten hier im Rat keine Konkurrenz haben wollen …»

Die sieben sozialdemokratischen Nationalräte.

75 Über den Parlamentarier Greulich haben wir noch gar nicht gesprochen.

Seine diesbezügliche Karriere begann ja auch spät. Daran ist nicht nur seine ausländische Herkunft schuld, sondern auch der Parteienstreit zwischen Demokraten und Sozialisten im Kanton Zürich. Und auch die Stadt Zürich brauchte noch ein paar Jahre für die grosse Eingemeindung.

76 Und wann geht's los?

1890 wird Herman Greulich Kantonsrat. Er bleibt dort – mit kleineren Unterbrüchen – bis zum Tod.

77 Und auf den anderen Staatsebenen?

Ab 1892/93, als durch Vereinigung mit den Vorortsgemeinden Gross-Zürich entstanden ist, sitzt Herman Greulich auch im Grossen Stadtrat, also im Stadtparlament (heute: Gemeinderat). Hier ohne Unterlass bis zum Tod. Im Nationalrat ist er ab 1902. Man spricht von der «Kapelle Greulich».

78 Eher ein Kammermusik-Ensemble, oder?

Es ist ein ➜ Septett: drei Zürcher, dann je einer aus den beiden Basel, zwei St. Galler. Man spielt «unter Greulichs Leitung flott zusammen», sei aber «ein zu kleines Häuflein» gewesen, um viel auszurichten.

79 Eine grössere Sitzverschiebung gibt es erst 1919.

Korrekt. Greulich ist ja 1905 wieder aus dem Rat gefallen, kehrt aber 1908 zurück. 1911 sind es 15 Sozialdemokraten, drei Jahre später 18. In der Tat bringt erst das Proporzwahlrecht in der Wahl von 1919

die grosse Verschiebung – und mehr als eine Verdoppelung der sozialdemokratischen Fraktion.

80 Und was für ein Nationalrat ist Greulich?

Einer, der die Meinungsfreiheit auch im Rat geachtet wissen will. Ein Hampelmann irgendwelcher Parteibeschlüsse mag er nicht sein: «Wie es mir unter der Brust ist, will ich es sagen.» Wem das nicht passe, der könne ihn ja bei nächster Gelegenheit abwählen.

81 Allgemein gilt er als guter ➔ Redner?

Da muss was dran gewesen sein; er wäre ja sonst nicht – eigentlich bis zum Tod – landauf, landab für alle möglichen Veranstaltungen und Versammlungen gebucht worden.

82 Und im Parlament?

Offenbar, falls das nicht Teil späterer Verklärung ist, hat man ihm auch im Parlament zugehört.

83 Ein Beispiel?

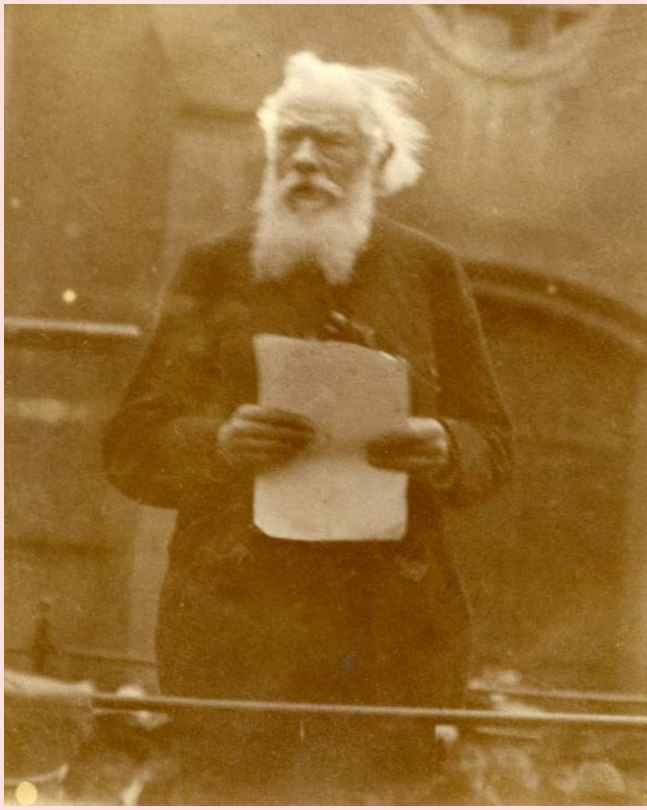
Eines aus dem Jahr 1918, als es um die missliche Lebensmittelversorgung im Lande geht: «Meine Herren, wenn Sie für einen Augenblick Ihre Privatunterhaltungen unterbrechen und aufhorchen wollen – das Volk hat Hunger!»

84 In den Nachkriegs- – aus heutiger Sicht Zwischenkriegs- – -jahren gilt es, zum Beispiel mit der Lex Häberlin rückwärtsgewandte, ja reaktionäre Vorhaben zu bekämpfen.

Was gelingt. Die Lex Häberlin ist eine bürgerliche Reaktion auf den Landesstreik und will der Staatsgewalt erweiterte Vollmachten in die Hand geben, um gegen «Verräter», «Aufrührer» und sonstige «umstürzlerische Elemente» vorzugehen – vor allem gegen solche von links, versteht sich. Greulichs Sozialdemokraten bleiben mit ihrer Opposition gegen diesen «Klassenkampf von oben» im Nationalrat in der Minderheit, gewinnen aber mit 70 Prozent im Volk. Oder dann die ➔ Lex Schulthess, der 1924 lancierte Versuch, die Arbeitszeit wieder von 48 auf 54 Wochenstunden zu schrauben. Auch das scheitert an der Urne. Greulichs Schrift «Ein Kampf um die Menschwerdung. Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit» hat dazu beigetragen.

85 Greulich ist jetzt schon ein ziemlich alter Mann.

Kann man so sagen. Als Alterspräsident des Nationalrats darf er jeweils die Eröffnungsrede halten. Zum ersten Mal 1919. Da kommt er auf das Verhältnis der SP zu Lenin und zur russischen Revolution zu sprechen: «Der Beitritt wurde mit entschiedener Mehrheit abgelehnt und damit auch der Bolschewismus.»



86 Dass Greulich das sagt, erstaunt nicht gross.

In der Tat: Greulich ist ein in der Wolle gefärbter Demokrat, der noch jene Zeiten miterlebt hat, als Sozialisten und Demokraten für Volks- und Menschenrechte Hand in Hand gingen. Für ihn kommt es überhaupt nicht in Frage, die Demokratie auszusetzen – auch nicht vorübergehend oder zur Erreichung eines höheren Ziels.

87 Was sagt er sonst noch, der Alterspräsident Greulich?

Hören wir kurz hinein in die Rede, die Greulichs Weltbild und Ideale gut wiedergibt: «Die Idee der Freiheit und der allgemeinen Bruderliebe ist die herrschende im Liberalismus. Als dessen Erbin betrachtet sich die Freisinnige Partei. Aber was ist aus diesem Erbteil geworden? Ich will nicht ungerecht sein, nicht die Ursachen der grossen Wandlung verschweigen. Aber ebenso wenig darf ich zugeben, dass eine Partei in ihrem Namen sich noch mit der Idee schmückt, die sie längst aufgegeben hat. Die wirtschaftlichen Nutzniesser des Liberalismus waren keine Ideologen, sondern praktische Geschäftsleute. Zu einem grossen Teil rohe Emporkömmlinge, die Schiller und Beethoven nicht kannten, sondern nur möglichst reich werden wollten. Daher kalkulierten sie mehr mit der Ausnützung der neuen Maschinen als mit dem Glück der Menschenbrüder. So kamen sie zu einer Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, gegenüber der diejenige der Sklavenhalter eine Idylle war. Menschlich war die Stellung des Sklaven eine sehr tiefe. Aber er hatte vor dem modernen Proletarier einen grossen Vorzug. Er kostete Geld und war daher für seinen Herrn ein Vermögensstück. Dieser musste für ihn durch Beschaffung von Obdach, Nahrung und Kleidung die gleiche Sorge tragen wie der Bauer für seine Haustiere. … Der moderne Proletarier kostet den Unternehmer nichts. Ob er bei langer Arbeitszeit und geringem Lohn bestehen kann oder nicht, ob er früher oder später zugrunde geht – das fällt nicht in die Kalkulation des Unternehmers.»

88 Ein Wort noch zu Greulich und den Frauen. Bisher haben wir nur Frau Johanna Greulich und die zwei Töchter kennengelernt.

Überliefert ist ein Zitat zur Maifeier 1890. Vor einer Festgemeinde aus fast lauter Männern sagt Greulich: «Und das nächste Mal bringt ihr schöne Frauenzimmer, bringt ihr eure Frauen und eure jungen Mädchen mit! Bringt viele, viele schöne Frauen! Ihre Schönheit wird unseren Gegnern, wenn wir durch die Stadt ziehen, mehr imponieren als alle unsere Worte.»

89 Hoppla!

Nun ja, das ist nicht gerade das feministische Manifest. Greulich ist ein Mann seiner Zeit. Gleichzeitig ist er in der Frauenfrage deutlich weiter als die meisten Geschlechts- und Zeitgenossen.

90 Wie das?

Schon 1869, auf dem Kongress der Internationalen Arbeiter-Assoziation IAA in Basel, wendet er sich gegen Versuche, Frauen von der Arbeit fernzuhalten, und fordert, dass Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie Männer.

91 Und was hat Greulich je für die Frauen getan?

Er hat Vorstösse eingereicht. So 1917 im Zürcher Kantonsrat eine Motion für eine Verfassungsrevision «im Sinne des gleichen Stimmrechts und der gleichen Wählbarkeit für Schweizer Bürgerinnen wie für Schweizer Bürger in allen Angelegenheiten und für alle Ämter des Kantons, der Bezirke und der Gemeinden». Bei der ↙ Volksabstimmung 1920 sind leider 83 Prozent dagegen. Auch der eine oder andere Arbeiter, fürchte ich.

92 Und auf nationaler Ebene?

Auch da ist Greulich Pionier. Vom 4. Dezember 1918 stammt seine Motion mit dem Ziel: «verfassungsmässige Verleihung des gleichen Stimmrechts und der gleichen Wählbarkeit an die Schweizerbürgerinnen wie an die Schweizerbürger».

93 Ohne Chance?

Die Motionen – es gibt noch eine ähnlich lautende von FDP-Nationalrat Emil Göttisheim – werden im Juni 1919, «umgewandelt in Postulate, stillschweigend für erheblich erklärt». Und in der berüchtigten Schublade versenkt.

94 Vielleicht noch ein Wort zu Greulichs Reisen?

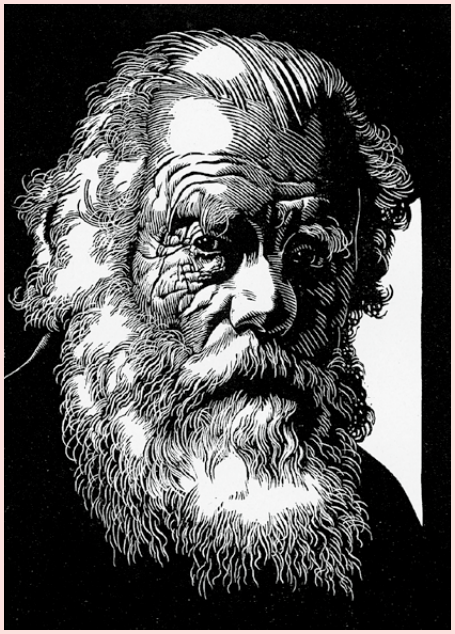
Greulich ist auch nach seiner Wanderschaft ziemlich herumgekommen. Wobei man nicht von Kongresstourismus sprechen kann, weil er überall eine Aufgabe hat und eine Rede halten muss (und auch wirklich etwas zu sagen hat), ob 1891 am Internationalen Kongress für Hygiene in London oder 1911 beim deutschen Gewerkschaftskongress in Dresden. In den USA war er auch. Für 1926 plant Greulich eine Reise nach Wien,

95 …wo er mehr als 60 Jahre zuvor auf seiner Wanderschaft vorbeigekommen ist.

Gut aufgepasst! Jetzt ist die Metropole für ihn als «rotes Wien» interessant. Auch in Salzburg will er Station machen und die dortige Orgel noch einmal hören. Aber es kommt eine andere Reise zuvor, die letzte.

96 Greulich wird 83 Jahre alt.

Und er ist bis am Schluss gefragt und beschäftigt. Als «Papa Greulich» ist er



längst eine Institution – und mit seinem weissen Bart auch optisch eine ↑ Ikone der Arbeiterbewegung. Am Montag, der sein letzter Montag sein soll, hält er im Kantonsrat eine Rede über die missliche Lage der Textilarbeiter. Am Tag seines Todes – Sonntag, 8. November 1925 – wird er in Rorbas erwartet: «Papa Greulich kommt zu den Textilarbeitern! Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilfabriken des untern Tösstals! Eine grosse Freude wartet euer! Der greise, nun ins 84. Altersjahr gehende Papa Greulich hat sich bereit erklärt, zu seinen lieben Textilarbeitern zu sprechen… Wir sind überzeugt, dass ihr dem verehrten alten Freund und Arbei-

terführer, der am letzten Sonntag mit der höchsten Stimmenzahl wieder in den Nationalrat gewählt worden ist, durch einen Massenbesuch die verdiente Ehrung und euren Dank abstatten werdet.» Der Männerchor Rorbas werde «den Vortrag mit Liedervorträgen einrahmen». Man weiss nicht, ob sie trotzdem gesungen haben. Oder erst recht.

97 Die Reaktion auf Greulichs Tod ist überwältigend.

Im *Öffentlichen Dienst* vom 13. November ist der Nachruf auf Seite 1 mit einem dicken schwarzen Trauerrand umgeben. Darin lesen wir: «Seine Persönlichkeit, die aus einer andern Welt zu kommen schien, war in den letzten Jahren von einem magischen Glanze umflossen. … Mit Staunen und Bewunderung hingen die Menschen an den Lippen, die mit hinreissender Begeisterung und Volkstümlichkeit das Evangelium einer bessern Welt zu predigen wussten. Seine Lebenskraft schien ebenso unverwüstlich wie sein Optimismus.»

98 Auch bei der Abdankung dürfte sich die Beliebtheit gezeigt haben.

«Seit Bebels letzter Fahrt hatte Zürich kein solch eindrucksvolles Leichenbegängnis mehr gesehen.» Auf die Aufbahrung im «zu einem friedlichen Blumenhain umgewandelten grossen Volkshaussaal in Zürich 4» folgt die Abdankungsfeier in der ↗ St.-Jakobs-Kirche, von dort geht «ein endloser Trauerzug unter den Weisen des Chopinschen Trauermarsches» zum Krematorium. Seine Urne ist im Friedhof Rehalp bestattet.

99 Abschliessend nochmals: Worin liegt die ↙ Bedeutung Greulichs?

In seinem Pragmatismus, der mit unbeirrbarem Optimismus verknüpft war. In der Sicherheit, mit der er für die Befreiung der Arbeiterschaft auf deren Selbstorganisation setzte – also auf den Aufbau von Gewerkschaften. In der Sturheit seiner demokratischen Gesinnung. In der Beständigkeit und Hartnäckigkeit seines Wirkens – auch angesichts persönlicher und teilweise unfairer Anfeindungen.

100 Vielleicht noch ein Zitat zum Abschluss?

Aus der erwähnten Broschüre gegen die Wiederverlängerung der Arbeitszeit mittels Lex Schulthess von 1922: «Wie in allen geschichtlichen Wendepunkten muss auch diesmal die Rettung des Menschheitsgedankens von unten kommen. Die Arbeiterklasse muss sich dieser grossen Aufgabe widmen. Gilt es doch hauptsächlich ihrer Befreiung aus der Knechtschaft des Geldsacks. Sie muss sich zunächst aber die erste Vorbedingung erkämpfen: die Zeit, um Mensch zu werden.»

** Der Text verarbeitet zahlreiche Anregungen von Markus Bürgi, Historiker, VPOD-Kollege und hervorragender Kenner von Greulichs Biografie (er hat auch den Artikel im Historischen Lexikon der Schweiz verfasst). Weitere hilfreiche Hinweise kamen von Hans-Ulrich Schiedt, dem Autor einer Karl-Bürkli-Biografie («Die Welt neu erfinden»). An Greulich-Literatur wurde – neben dessen eigenen Erinnerungen («Das grüne Hüsli») – verwendet: die Biografie von Eduard Weckerle («Ein Sohn des Volkes», 1947) sowie die Schriften von Ernst Nobs (1942, mit Holzschnitten von J[ózsef] Divéky) und Franz Schmidt («Ein kleines Lebensbild», 1934), ausserdem die Artikelserie von Gertrud Medici-Greulich, die 1942/43 in «Die Frau in Leben und Arbeit» erschien.*

Bildnachweis

*Seite 11: Herman Greulich um 1890: Schweizerisches Sozialarchiv = Sozarch F_5170-Fa-016. Seite 12ff.: **5)** Breslau: Meyer's Universum, oder Abbildung und Beschreibung des Sehenswerthesten und Merkwürdigsten der Natur und Kunst auf der ganzen Erde. 14. Band)/Wiki = Wikimedia CC. **8)** Buchbinderei: Thomas Demarczyk/iStock. **14)** Wilhelma, Bad Cannstatt, Stuttgart: Ludwig von Zanth, 1855/Wiki. **16)** Als Wandergeselle mit Hut: Sozarch F_5170-Fa-011. **18)** Historischer Übersichtsplan der Stadt Zürich um 1860/Stadt Zürich. **20)** Karl Bürkli: Sozarch F_5073-Fa-035. **21)** Charles Fourier: Sozarch F_Fa-0009-012. **23)** Marx-Engels: McLeod/Wiki. **27)** Violine: Museum für Kunst und Gewerbe Hamburg. **32)** Johanna Greulich: Sozarch F_5073-Fa-025. **33)** Die junge Familie: Sozarch F_5073-Fa-026. **35)** Gabriela Medici: Thomas Egli/SGB. **39)** Arbeiterchronometer: Sozarch F_5068-Oa-1075. **42)** Wappen Hirslanden: Wiki CC. **45)** Visitenkarte: Sozarch F_5073-Ob-001. **46)** Haus in der Klus: Sozarch F_5073-Gc-020. **54)** Lenin: Sozarch F_5068-Ka-3498. **56)** Gottfried Reimann: Sozarch F_5073-Fb-022. **62)** Arbeitersekretär Greulich: Sozarch F_5008-Fb-012. **63)** ILO: ILO/Wiki. **65)** Gaswerk Schlieren: Baugeschichtliches Archiv des Amts für Städtebau der Stadt Zürich/Eduard Spelterini/Wiki. **68)** Aufwärts: VPOD. **73)** Landesstreik: Sozarch F_5068-Fb-0779. **78)** «Kapelle Greulich»: Sozarch F_5073-Ka-004. **81)** Greulich als Redner: Sozarch F_5170-Fa-019. **84)** Lex Schulthess: Sozarch F_5068-Ka-2962. **91)** Frauenwahlrecht Zürich: Sozarch F_Ka-0001-038. **96)** Ikone Greulich: Sozarch F_Pb-0001-004. **98)** Abdankung in der St.-Jakobs-Kirche Aussersihl: Sozarch F_5068-Fb-1229. **99)** Wahlwerbung 1929: Sozarch F_5073-Oc-002.*

Geblasen oder gerecht? So oder so: «Die Blätter fallen, fallen wie von weit…» (Rilke)

Laubbläser in EU unverbietbar

Soeben hat das Stimmvolk der Stadt Zürich einem weitgehenden Verbot von Laubbläsern zugestimmt, und zwar entgegen der von vielen Medien kolportierten Darstellung auch für elektrisch betriebene Geräte, die gar keinen Lärm machen. Diese sollen bewilligungsfrei lediglich von Oktober bis Dezember verwendbar sein. Berufsmässig mit Wartungs- und Reinigungsarbeiten Betraute, auch viele aus der Stadtverwaltung und beim VPOD organisierte, haben das Verbot mit dem Hinweis bekämpft, dass es zu enormer Mehrarbeit führe, speziell auf Kiesplätzen und dort, wo Laub an schwer zugänglichen Orten, etwa unter Kinderspielgeräten zu entfernen ist. Sie fanden im links-grünen Zürich kein Gehör. Wie der *Blick* berichtet, hat die Zürcher Abstimmung «von Bern über Brüssel bis nach Südkorea» Schlagzeilen gemacht. Der Gemeindetag Baden-Württemberg, der sich ebenfalls mit dem Thema befasst (und womöglich mit einem ähnlichen Verbot geliebäugelt) hat, hat herausgefunden, dass ein pauschales Laubbläserverbot mit EU-Recht nicht vereinbar ist. Gemäss Richtlinie 2001/14/EG dürfen die EU-Mitgliedstaaten für Geräte, die zugelassen (und «mit der CE-Kennzeichnung und der Angabe des garantierten Schallleistungspegels versehen») sind, keine pauschalen Verbote verfügen, sondern sie höchstens – wie Deutschland es in seiner Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung tut – auf bestimmte Tageszeiten und Wochentage beschränken. | *slt (Foto: Keystone)*

Deutschland: Kita-Qualität sinkt

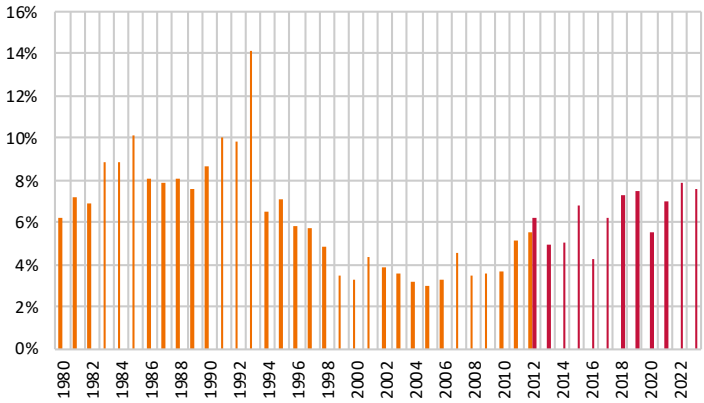
Die deutsche Bertelsmann-Stiftung hat beim Anteil der Fachkräfte in den Kitas grosse Unterschiede zwischen den Bundesländern festgestellt. Und: Der Anteil an Kitas, in denen vergleichsweise viele einschlägig qualifizierte Fachkräfte arbeiten, ist von 2023 auf 2024 in 10 Bundesländern gesunken. «Ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist der anhaltende Kostendruck der Kommunen. Es braucht eine verlässliche Mitfinanzierung von Bund und

Wirtschaftslektion Wohnungsnot? Der Bund muss mehr tun

Vor allem in den Agglomerationen ist es mittlerweile sehr schwierig bis unmöglich, auf dem Wohnungsmarkt eine bezahlbare Wohnung zu finden. Es gibt kaum mehr leere Wohnungen. Die Wohnungsnot ist zusammen mit den hohen Krankenkassenprämien das sozialpolitische Problem Nummer eins der heutigen Schweiz.

Die nationalkonservative Rechte gibt der Migration die Schuld. Doch das ist ein Ablenkungsmanöver. Ein grosser Teil der Wohnungsnot ist selbstverschuldet und hat politische Ursachen. Der gemeinnützige Wohnungsbau der Genossenschaften und Gemeinden hat auch in der Schweiz eine lange Tradition und eine entsprechend hohe Bedeutung. Bis in die 1990er Jahre war fast jede zehnte neugebaute Wohnung gemeinnützig. Danach wurden weniger soziale Wohnungen gebaut. Der Anteil an den Neubauten halbierte sich. Wäre mit gleicher Intensität sozial und genossenschaftlich weitergebaut worden, hätten wir heute rund 30 000 günstige Wohnungen mehr auf dem Markt. Bei einem Leerwohnungsbestand von heute 37 000 Mietwohnungen wäre das eine spürbare Entlastung.

Anteil Staat und Genossenschaften an den gebauten Wohnungen total (in Prozent)



Quelle: BFS, Berechnungen SGB

Ende der 1990er Jahre wurden in den Städten zahlreiche Industriezonen umgenutzt, weil die Industrie wegzog. Die Politik hat damals mancherorts zu wenig klare und strenge Vorgaben gemacht, wonach ein nennenswerter Teil der in diesen Arealen neugebauten Wohnungen sozial und günstig sein muss. Gleichzeitig hat man die Gelder für den gemeinnützigen Wohnungsbau ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stark zusammengeschrumpft. Der Bund hat sich mit dem Entlastungsprogramm 2003 nahezu vollständig daraus zurückgezogen, was eine negative Kettenreaktion ausgelöst hat. Die Zinsvergünstigungen des Bundes für den sozialen Wohnungsbau sind heute – im Tiefzinsumfeld – zu wenig attraktiv.

Die Städte verfolgen heute eine bessere Wohnpolitik. Es gibt strengere Vorgaben für den Anteil günstiger Wohnungen bei Neubauprojekten. Gleichzeitig investieren die Städte auch wieder mehr Geld. Doch diese Anstrengungen reichen noch nicht. Auch der Bund muss wieder mehr in den sozialen Wohnungsbau investieren. Würde er wieder gleich viel tun wie früher, stünden gegen 400 Millionen Franken zusätzlich zur Verfügung. Zudem braucht die Schweiz Vorgaben für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Damit nicht dieselben Fehler gemacht werden wie früher, wenn zum Beispiel Industrie- oder Büroflächen frei werden. | *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom*

Ländern sowie einheitliche Personalstandards», schreiben die Studienautorinnen Anette Stein und Kathrin Bock-Famulla. Am stärksten war der Rückgang in Bremen, im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern. Schon für den Zeitraum von 2017 bis 2023 hatte die Stiftung einen Rückgang der Fachkräftequote ermittelt. Die Unterschiede zwischen Kommunen bzw. Landkreisen sind allerdings eklatant: Prozentual am meisten Fachkräfte – nämlich 94,3 Prozent – sind in den Kitas im Kreis Sömmerda in Thüringen beschäftigt, am wenigsten – 2,3 Prozent – im Kreis Augsburg. Die Gewerkschaft Verdi sieht die Untersuchung als Beleg für die «seit Jahren kritisierte Entwicklung in Kindertagesstätten hin zu einer Deprofessionalisierung». «Personalmangel, Überlastung und Fluktuation wirken sich direkt auf Kinder, Eltern und Beschäftigte in den Kitas aus», sagt Verdi-Vizechefin Christine Behle. Man brauche endlich Lösungen, statt weiter den Mangel zu verwalten und die Verantwortung zwischen den Staatsebenen hin- und herzuschieben. | *vpod (Foto: ozgurdonmaz/iStock)*

Spanien vs. Grossfeuer

Die spanischen Gewerkschaften CCOO und UGT haben an einer nationalen Demonstration in Valladolid Massnahmen zur Brandverhütung und -bekämpfung gefordert. Die Aktion folgt auf einen Sommer, der von verheerenden Wald- und Buschbränden geprägt war. Die beiden Verbände verlangen bessere Arbeitsbedingungen für die professionellen Feuerwehren, und sie wenden sich gegen jegliche Privatisierungsbestrebung in diesem Bereich. Die öffentliche Verwaltung muss aus ihrer Sicht grössere Investitionen tätigen, wenn sie schwere Schäden vermeiden will. Der Klimawandel sorgt dafür, dass Brände künftig häufiger, zerstörerischer und schwerer kontrollierbar sein werden. Ähnliche Probleme stellen sich derzeit vielerorts in Europa; besonders akut sind sie in Albanien, Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Italien, Montenegro, Nordmazedonien, Portugal, in der Türkei und in Zypern. | *egöd/slt*

Rückgang von Fachkräften: Kitas in Deutschland.

Wer war's? Langlebige

Der könne von Glück reden, stänkerte Lästerzunge Désirée Nick über den hochbetagten Operettenstar Johannes Heesters angesichts dessen um 46 Jahre jüngerer Ehefrau. Heesters habe Schwein, sagte Nick, dass er auf Jüngere stehe und nicht auf ihm altersmässig überlegene Frauen. Sonst hätte er es mit seinen über 100 Lenzen sehr, sehr schwer, eine zu finden. Nick sagte das noch zu Lebzeiten Heesters', der 2011 im Alter von 108 Jahren und 19 Tagen starb. Auf der Wikipedia-Liste hochaltriger Berühmtheiten reicht das nicht für einen Spitzenplatz. Als ältester Mensch, der nicht allein für sein Alter berühmt ist, wird dort Marita Camacho Quirós geführt, die von 1962 bis 1966 First Lady von Costa Rica war und sich dabei pflichtgemäss der Gründung und Förderung von sozialen Einrichtungen weihte. Sie starb im Juni 2025 mit 114 Jahren und 102 Tagen.

Auf den Medaillenrängen der langlebigen Promis treffen wir mit Leila Denmark eine US-Kinderärztin sowie – nicht verwechseln mit Xi Shinping! – Shi Ping, weltbekannt als stv. Direktor und Generalsekretär des Ständigen Ausschusses des XIII. Volkskongresses der Stadt Shanghai in der Periode 1983 bis 1985. Bravo! Die erste Schweizerin auf der Liste brachte es, als sie 2017 starb, auf 109 Jahre und 264 Tage: Helli Stehle war die erste Nachrichtensprecherin von Radio Beromünster. Die bis dahin mittelerfolgreiche, gelegentlich für Hörspiele herangezogene Schauspielerin bekam ihre grosse Chance 1939, als die männlichen Sprecher in den Aktivdienst mussten.

Anlässlich ihres 100. Geburtstags nannte Stehle (ohne Anspruch auf Allgemeingültigkeit) als Rezept für Langlebigkeit: 1 bis 2 Zigaretten pro Tag rauchen; Alkohol trinken, ohne Alkoholikerin zu sein; gern essen; gern schlafen. Platz 2 des Schweizer Rankings besetzt der Waadtländer Tenor Hugues Cuénod, auf Platz 3 folgt… Hier ist endlich die Rätselfrage. Nämlich: Wer starb im Alter von 106 Jahren und 28 Tagen? Und zwar in Luzern, wo er auch geboren ist? Und wo seine Bilder zu sehen sind? Die laufende Ausstellung ist ein Remake von 1935. Der junge X. steht dort im Kontext noch Grösserer wie Braque, Kandinsky, Miró, Mondrian und Picasso. Jener Avantgarde also, die von den Nazis als «entartet» diskreditiert wurde.

Avantgarde? Für die spätere Kunst des hier Gesuchten wird man den Begriff kaum verwenden. Dafür hatte er beim Volk Erfolg. Der Name des Malers und Grafikers, der zum 50-Jahr-Jubiläum des VPOD 1955 einen grossformatigen Beitrag geleistet hat, kann auf zwei Wegen zum Gewinn eines Büchergutscheins (100, 50 oder 20 Franken) führen, nämlich bei elektronischer Übermittlung an *redaktion@vpod-ssp.ch* oder bei Benützung des Postwegs: *VPOD Zentralsekretariat, Wer war's?, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich*. Einsendeschluss: 4. Dezember. Den Rest entscheidet Fortuna. | *slt*

Es war Marie Curie

Von den 118 heute bekannten chemischen Elementen sind genau 1,5 nach Frauen benannt: Meitnerium nach Lise Meitner und Curium nach dem Forscherehepaar Marie (1867–1934) und Pierre (1859–1906) Curie, auf deren Kappe der Durchbruch bei der Entdeckung der Radioaktivität geht. Radioaktiv ist auch «ihr» Element; entdeckt wurde es allerdings erst nach beider Tod. In freier Wildbahn ist es gottlob kaum anzutreffen. Angetroffen werden aber demnächst Büchergutscheine, und zwar in den Briefkästen von Ueli Tschamper (Basel), Kandid Meierhans (Aarau) und Regula Degen-Portmann (Liestal). | *slt*

VPOD-Landesvorstand vom 2. Oktober 2025

Der VPOD-Landesvorstand hat online getagt und hat

- zwei kleinere Anpassungen des Anstellungsreglements zur Vernehmlassung an die VPOD-Regionen und die VPOD-Personalkommission weitergeleitet: Es geht um die Anhebung der Lohnuntergrenzen auf 4500 CHF pro Monat bzw. 5000 CHF pro Monat bei abgeschlossener Berufsausbildung (faktisch sind nur wenige Mitarbeitende betroffen) sowie um eine präzisere Formulierung zu den Familienzulagen.
- die Teilnahme des VPOD an einer von Jeunes POP organisierten Kundgebung gegen die Sparmassnahmen des Bundes am Samstag, 13. Dezember, in Bern zugesagt, sofern die Forderungen mit jenen des VPOD übereinstimmen.
- sich über den Stand der Mobilisierung im Gesundheitswesen und den Verlauf der Vorbereitungen für die Demonstration am Samstag, 22. November, in Bern informiert.
- beschlossen, mit der Vereinigung Swiss Coaching, die die Interessen professioneller Coaches im Sport vertritt, Sondierungsgespräche über eine mögliche Zusammenarbeit aufzunehmen.
- den Vorschlag, für die Einreichung von Anträgen an den Landesvorstand und an die Delegiertenversammlung verbindliche Fristen einzuführen, zur weiteren Konsolidierung ans Zentralsekretariat zurückgewiesen.
- von der laufenden Strukturdiskussion bei der Partnerorganisation Solidar Suisse Kenntnis genommen. Die Zerschlagung der US-Behörde sowie massive Budgetkürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit in zahlreichen Ländern, auch in der Schweiz, erfordern strategische Überlegungen bei Solidar.
- beschlossen, das am gleichen Tag vom SGB publizierte Communiqué zur Gaza-Flotte zu unterstützen und Publica und Suva aufzufordern, sich aus Staatsanleihen Israels und aus israelischen Unternehmen zurückzuziehen.

Christian Dandrès, Präsident
Micha Amstad, Zentralsekretär, in Vertretung des ferienabwesenden stv. Generalsekretärs

Rote Köpfe

Dass «die Neue», **Nicole Gisler,** das Dossier Gewerkschafts*ab*bau betreue, stand allen Ernstes im letzten Heft – ein Druck- bzw. Tippfehler der peinlichen Sorte. Gewerkschafts*auf*bau hätte es natürlich heissen sollen. Den Korrektor trifft keine Schuld: Der Redaktor war's, der die Zeilen in letzter Sekunde direkt ins Layout geschrieben hat. Wie konnte es dazu kommen? Die Ermittlungen konzentrieren sich derzeit auf drei Verdächtige: a) Freud, b) Alzheimer, c) Klassenfeind.

Aber auch andere Leute machen Fehler, kleinere und grössere. Zum Beispiel der SGB (einen kleinen): Er verschickt ein offensichtlich zuvor vorbereitetes und nicht nochmals angepasstes Communiqué zur E-ID: «Erfreut nimmt der Schweizerische Gewerkschaftsbund die deutliche Annahme der E-ID-Vorlage zur Kenntnis…» *Deutlich?* Es handelt sich um eines der knapperen Abstimmungsresultate der Geschichte: 21 266 Stimmen machten die Differenz. Immer noch mehr als 2017, als über **Alain Bersets** grosse Altersvorsorgereform abgestimmt wurde. Damals fiel die Erhöhung der Mehrwertsteuer nur gerade wegen 2357 Stimmen durch. Das spielte aber keine Rolle, a) wegen des Ständemehrs und b), weil die Schwestervorlage, die eigentliche Reform, ebenfalls durchfiel. Proportional weniger knapp, aber in absoluten Zahlen am engsten war es 1931 bei der Ablehnung der Tabaksteuer: Den Ausschlag gaben damals 1926 Männer- (und wahrscheinlich Raucher-)Stimmen. Die Steuer wurde zwei Jahre später im Rahmen eines Anti-Krisen-Programms dann trotzdem eingeführt. Apropos Alain Berset: Zu den entbehrlichen Druckerzeugnissen gehört die Publikation «Der Berset-Code» von Gregor Hasler, der die «Resilienz-Strategien» des Bundesrats anhand von dessen Wirken in der Corona-Zeit darstellen will. Über eine Aneinanderreihung von Phrasen und Gemeinplätzen aus dem Führungsseminar für Erstsemestrige kommen diese Interviews nicht hinaus. Warum? Es fehlt das kritische Nachhaken des Interviewers. Und es fehlt der ehrliche Selbstzweifel, der manchmal zu fortgeschrittener Erkenntnis führt.

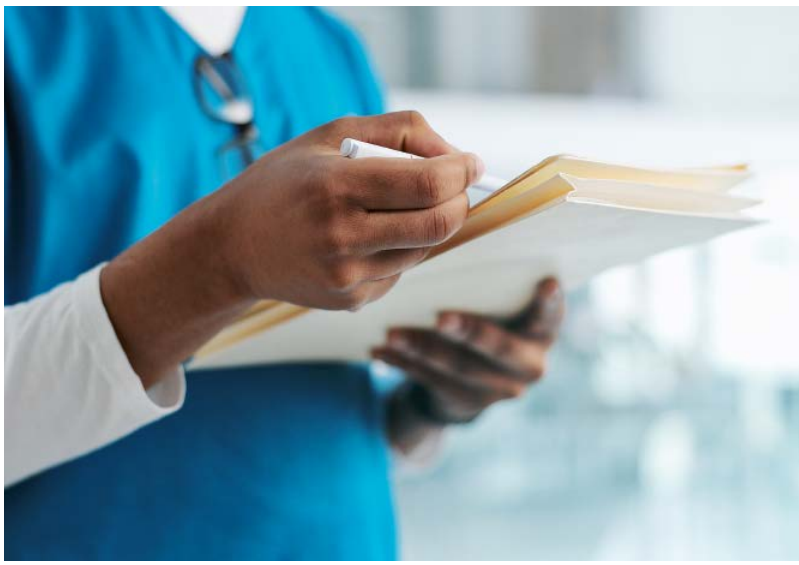
Die neue VPOD-Zentralsekretärin-Adjunktin für Gleichstellung ist eine alte Bekannte: **Vanessa Salamanca.** Nun ja, «alt» ist nicht ganz das passende Wort für eine, deren Geburtstage noch eine Weile mit einer Drei beginnen. «Campaignerin/Mitarbeiterin» lautete beim ersten Mal die Berufsbezeichnung; jetzt übernimmt die studierte Politikwissenschaftlerin das Dossier von Xenia Wassihun. Ähnlich wie die Vorgängerin bereichert sie das Sekretariat punkto Diversität: Sie ist die Tochter einer Bernerin und eines Kolumbianers und hat ihre Kindheit und Jugend in fünf Ländern auf vier Kontinenten verbracht. Seit ihrem letzten beruflichen Engagement für den VPOD hat sie für unterschiedliche NGO, zuletzt die Flüchtlingshilfe, gearbeitet und drei Buben auf die Welt gestellt (zwei davon auf einmal).

Zu vermelden gibt's auch noch ein neues Kopräsidium der neu strukturierten VPOD-Region Zürich. Also: die eine Hälfte ist neu, die andere ist bisherig. **Yvonne Tremp,** Kindergartenlehrperson, hat die Region bis dato zusammen mit Michèle Dünki-Bättig geführt. Sie stiess beim ersten Frauenstreik 1991 zum VPOD und weiss, dass manche Dinge einen langen Atem brauchen. Nach dem Rücktritt der bisherigen «Co» Dünki-Bättig erhält sie jetzt Verstärkung durch **Roman Burger,** dem man ebenfalls nicht erklären muss, was eine Gewerkschaft ist. Der gelernte Vermessungszeichner mit Nachdiplom in Bau- und Planungsrecht kam über einige Schleifen zur Wasserversorgung der Stadt Zürich. Und von der damaligen Gewerkschaft Bau und Holz, in die er schon als Lehrling eintrat, in den VPOD. | *(Fotos: zVg, Bundeskanzlei, Alexander Egger, zVg [2])*

Braucht die im Ausland ausgebildete Kollegin T. noch 1000 Stunden zur Pflegefachfrau?

«Fehlende Grundlagen»

Trotz Unterstützung des VPOD wurde T.s ausländisches Diplom als Pflegefachfrau in der Schweiz nur teilweise anerkannt. Auf eine Beschwerde gegen die abgelehnte Wiedererwägung durch das Rote Kreuz verzichtete die Kollegin. | **Text:** *Sabine Braunschweig* *(Foto: Jacob Wackerhausen/iStock)*



Die Anerkennung ausländischer Diplome ist wichtig, damit woanders Ausgebildete kein Lohndumping erleiden.

Seit Dezember 2002, als das Bundesgesetz über die Berufsbildung in Kraft trat, ist dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK), das bis dahin alle nicht-ärztlichen Gesundheitsberufe geregelt hatte, noch *eine* wichtige Funktion verblieben: Es prüft die ausländischen Diplome. Auf seiner Webseite hat es Schritt für Schritt aufgelistet, wie das Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse abläuft. Denn damit ausländische Fachpersonen ohne Einschränkung in einem reglementierten Gesundheitsberuf in der Schweiz arbeiten können, brauchen sie eine Bescheinigung. Sie dient der Qualitätssicherung und schützt damit die Patientinnen und Patienten. Und sie verhindert, dass ausländische Fachpersonen mittels Lohndumping ausgenützt werden.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Hilft die Berufserfahrung?

Eine interessierte Bewerberin muss als erstes alle relevanten Dokumente organisieren, die Rechnung bezahlen und das unterzeichnete Gesuchsformular per Post einsenden. Erst dann wird das Anerkennungsverfahren gestartet. Bis ein Entscheid vorliegt, dauert es etwa vier Monate. Wird das Diplom direkt anerkannt? Oder sind noch Ausgleichsmassnahmen nötig? Das SRK informiert die Gesuchstellerin. Beispielsweise darüber, dass sie noch eine Weiterbildung besuchen muss in einem Bereich, der in ihrem Land (noch) nicht, in der Schweiz aber schon zur Diplomausbildung gehört. Auch Kollegin T. durchlief das Anerkennungsverfahren, war aber mit dem Bescheid des SRK nicht einverstanden. Der lautete: Eine Anerkennung des Abschlusses aus ihrer Heimat sei nur möglich, wenn T. einen einjährigen Anpassungslehrgang mit einer Zusatzausbildung von 1000 Stunden oder eine Eignungsprüfung absolviere. Es gebe erhebliche Unterschiede bei Dauer und Inhalten der Bildung, begründete das SRK. 1000 Stunden? Mit Unterstützung des VPOD-Vertrauensanwalts reichte T. ein Wiedererwägungsgesuch ein und dokumentierte zusätzlich ihre reiche Berufserfahrung.

Diese wurde vom SRK in der Wiedererwägung zwar anerkannt, doch hielt der Abteilungsleiter daran fest, dass T. in die Nachqualifikation müsse. Die theoretischen Grundlagen für die Erlangung von Kompetenzen in den Bereichen Pflegeprozess, Kommunikationsprozess, Wissensmanagement und Organisationsprozess hätten in ihrer Ausbildung gefehlt. Berufserfahrung allein vermöge solche Lücken nicht zu kompensieren. Und die Praxis im Operationssaal sei mit der Berufsausübung in der allgemeinen Pflege nicht vergleichbar – dort seien anderes Wissen und andere Handlungskompetenzen gefragt.

Immerhin Gewissheit

Eine weitere Wiedererwägung war ausgeschlossen; offen stand nur noch die Möglichkeit der Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht. Doch Kollegin T. verzichtete darauf und entschied sich, den Entscheid des SRK zu akzeptieren. Die Wiedererwägung hatte immerhin eines gebracht: T. wusste jetzt genau, was in der Schweiz verlangt wird und welche Weiterbildung sie also besuchen musste, um ohne Einschränkung als Pflegefachfrau anerkannt zu werden und tätig zu sein. Sie konnte ihre berufliche Zukunft planen und gewiss sein, dass sie eine qualifizierte Stelle in einem Spital oder einem Pflegeheim in der Schweiz finden würde.

Bolivien: Die Initiative «ComunicracIA» steht für fairen politischen Dialog

Beleidigen ist kein Sport

Eine Kampagne will die Menschen in Bolivien motivieren, sich aktiv und respektvoll am politischen Prozess zu beteiligen. Ziele: die Stärkung der Demokratie und eine Kultur des Dialogs.

| **Text:** *Abdel Padilla und Guimer Zambrana* *(Foto/Illu: Solidar)*

Die Schweizer Botschafterin in Bolivien, Maja Messmer Mokhtar (stehend in hellblauer Kostümjacke), bei einer Veranstaltung von «ComunicracIA».

«Die Demokratie stimmt für dich»: Dies war einer der Slogans, die in Bolivien vor den Präsidentschaftswahlen im August und der Stichwahl im Oktober verbreitet wurden. Sie stammen von RedCom, einem Netz von Kommunikatorinnen und Kommunikatoren, und stehen im Rahmen von «ComunicracIA». Diese Wortschöpfung steht für Kommunikation, Demokratie und AI (also künstliche Intelligenz). «ComunicracIA» ist eine mit Unterstützung der Schweizer Botschaft lancierte Initiative. Sie will demokratische Werte sowie eine Kultur des Friedens, des Dialogs und des sozialen Zusammenhalts fördern.

Spielregeln befolgen

Die Kampagne zielt darauf ab, die Bevölkerung zu motivieren, ihre politischen Rechte informiert und respektvoll wahrzunehmen – insbesondere durch eine bewusste Wahlentscheidung. Die Menschen sollen sich überlegen, wen sie warum auf den Wahlzettel schreiben, und hinterfragen, was sie auf Social Media lesen. Wenn alle die Rechte anderer achten, haben auch alle etwas von der Demokratie, die ihr Leben mitbestimmt.

«Wir ermutigen junge Menschen, ihre Stimme zu erheben und andere Meinungen – respektvoll – zu hinterfragen. Dadurch verlassen sie den Beobachterstatus zugunsten einer aktiven Teilnahme am politischen Prozess», sagt Consuelo Montaño. Sie ist Kommunikationsbeauftragte der Gemeinde Chimoré im Departement Cochabamba und Teil von RedCom. Für «ComunicracIA» wurden Mitglieder des Netzwerks in Menschenrechten und in Methoden zur Überprüfung von Informationen geschult. Denn Fake News sind auch in Bolivien ein grosses Problem.

Zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen bietet RedCom Räume für Reflexion und öffentliche Debatten in den jeweiligen Gemeinden, damit sich die Menschen eine eigene Meinung bilden können. Ein Beispiel ist der Radiosender «Kancha Parlaspa» in Cochabamba, der eine Debatte über Demokratie im Zeitalter digitaler Netzwerke organisiert hat. «Ich glaube, wir konnten die Teilnehmenden davon überzeugen, ihre Rechte auszuüben und Verantwortung für ihre Entscheidungen zu übernehmen», sagt Sendungsmacherin Lidia Tococari.

Bingo der Leichtfertigkeit

Auch über Social Media werden Botschaften verbreitet. So bildet ein Facebook-Post ein «antidemokratisches Bingo» ab und fragt die Lesenden: «Seguimos jugando con el futuro?» – «Willst du leichtfertig die Zukunft aufs Spiel setzen?» Man kann dabei zum Beispiel auf «Fake News teilen», «Diskutieren ohne zuzuhören», «Beleidigen als Sport» oder «Das geringere Übel wählen» setzen. Der Zeitung *La Prensa* in der Hauptstadt La Paz war «ComunicracIA» sogar eine Schlagzeile wert. So erreichte die Kampagne jede siebte Person in Bolivien.

Die diesjährigen Präsidentschaftswahlen haben Bolivien einen Machtwechsel gebracht. Nach fast 20 Jahren Dominanz und anfänglichen Erfolgen des MAS, des Movimiento al Socialismo, belegten im August 2025 zwei konservative Kandidaten die ersten beiden Plätze; der MAS-Vertreter landete weit abgeschlagen. In der Stichwahl im Oktober hat sich der gemässigtere Kandidat klar durchgesetzt: Rodrigo Paz hatte mit dem Slogan «Kapitalismus für alle» auch in ehemaligen sozialistischen Hochburgen Erfolg. Mit ein Grund für den Wahlsieg der Rechten ist die schwere Wirtschaftskrise mit zweistelliger Inflation, leeren Staatskassen und grassierender Korruption – und mit extremem Treibstoffmangel, unter dem das Kleingewerbe leidet. | *slt*

Flavia Friedli, Beleuchterin beim Theater St. Gallen

Im orangen Bereich

Am Theater herrscht eine besondere Luft, und das ist gut so. Flavia Friedli mag es, wenn sich immer neue Aufgaben stellen – auch für die Beleuchtungsequipe. Aber extreme Beanspruchung darf nicht zum Dauerzustand werden. Darum ist ein guter GAV so wichtig. | Text: *Christoph Schlatter* *(Foto: Alexander Egger)*

Als man sich dem Ende der obligatorischen Schulzeit näherte, hatte eine gewisse Flavia Friedli aus Heiden AR gar keinen Plan. Auch im 10. Schuljahr, da rundherum Lehrvertrag um Lehrvertrag geschlossen wurde, erschien an ihrem Horizont noch kein gluschtiges Berufsziel; mit wenig Mumm begab sie sich auf den Weg zur Fachmatura. Dabei schwoll allerdings nicht so sehr ihr Bildungsrucksack an, sondern vorab das Absenzenbüchlein. Sie schmiss hin, Kollege Zufall übernahm: Er hatte einen Aushilfsjob als Verfolgerfahrerin am Theater St. Gallen im Angebot.

Regeln sind nötig

Das passte. Nicht nur wegen der Arbeit mit dem Scheinwerfer. Sondern wegen der ganzen Theaterluft. Was für ein Betrieb! Wie bunt, wie international! Jeden Tag andere Herausforderungen, neue Begegnungen, und alles für die gute Sache: die Kunst. Solches Hochgefühl hält aber nicht ewig. Irgendwann bemerkt, wer Theater als Dauerjob betreibt, auch die Schattenseiten. (Flavia Friedli ist längst festangestellt.) Die fortwährend und stillschweigend vorausgesetzte Bereitschaft zu Überstunden und -beanspruchung tun auf die Länge nicht gut. Auch an einem künstlerischen Betrieb braucht es klare Regeln. Dazu gibt es Gesetze. Und einen GAV.

Bei meinem Besuch steht die Oper «I Capuleti e i Montecchi» kurz vor der Premiere. In St. Gallen wird der Zweiakter von Belcanto-Meister Bellini als «Romeo und Julia» angepriesen – wohl in der Hoffnung, dass die Nennung des Liebespaars das Haus und die Kassen fülle. Zu Shakespeares Stück gibt es indes gewichtige Unterschiede: Der männliche Protagonist wird von einer Frau dargestellt, und weder Amme noch Pater noch Liebesgeflüster über tag- und nachtaktive Singvögel kommen vor. Die finale Katastrophe, bei der Romeo den Schlaf Julias als Tod missdeutet, ist dann wieder identisch.

Aber so weit sind wir noch lange nicht. Erst einmal gilt es, das Bühnenbild zusammenzuzimmern. Es ist schon leicht ramponiert, denn die Inszenierung ist zuvor in Nancy und Magdeburg gelaufen. Das rumst und kracht ganz schön bei diesem Ikea für Fortgeschrittene. Auch der Umgangston ist eher rustikal, womit Flavia Friedli kein Problem hat, solange übergriffige oder chauvinistische Macho-Sitten abgestellt bleiben. Heute passt alles: Element A in Teil B und dieses zu Objekt C. Bloss die lebensechten, aber bei näherem Hinsehen nicht wirklich lebendigen Rösslein stehen noch etwas verloren herum.

Flavia Friedli und das Lichtwunder in Campari-Orange.

Ein Lichtwunder!

Wer später das Endprodukt mit den rundlaufenden Pferden besieht, kann sich vor der Kunst der Bühnentechnik bloss verneigen. Alles greift harmonisch und geräuschlos ineinander, so dass sich der filigrane Gesang der beiden Protagonistinnen voll entfalten kann, zu ebener Erde und auf der hängenden Plattform. Es entfaltet sich ausserdem ein Zauber in tausend Farbtönen zwischen Lachs, Altrosa und Campari-Orange, so dass wir uns – Marlboro-Typen mit Cowboyhut inklusive – eher im wilden Westen als in Verona wähnen. Der Hauptbeitrag zu solchem Wunder stammt von Flavia Friedli und Kollegen: Die Beleuchtung macht den Unterschied.

Wie viele Gewerke an so einer Produktion beteiligt sind, wird klar, als mich die Kollegin durchs Haus führt. Dass ich aus dem Untergrund je wieder ans Tageslicht gelange, ist ihr zu danken. Auf mich allein gestellt, hätte ich nie mehr aus dem Labyrinth gefunden. Aber der Alleingang ist ohnehin keine gute Strategie an einem Theater. Auch was die Arbeitsbedingungen angeht, die der jüngst erstarkte VPOD zu verbessern sucht. Flavia Friedli hat die Arbeitnehmenden-Delegation bei den GAV-Verhandlungen angeführt und einige Erleichterungen durchbekommen. Angesichts der langen, durch Festspiele in den Sommer hinein verlängerten Saison ist vor allem die volle Woche Osterferien für alle überaus wertvoll.

Ich will VPOD-Mitglied werden!

☐ **Ich möchte dem VPOD beitreten.**

☐ **Ich interessiere mich für die Arbeit des VPOD und möchte mehr Informationen.**

Vorname/Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Arbeitsort:

Telefon:

E-Mail:

Senden an: VPOD, Zentralsekretariat, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich, oder mailen an: vpod@vpod-ssp.ch

AZB
8036 Zürich, Postfach

«Hilfe, meine Miete wird ungerechtfertigt erhöht! Wer hilft mir?»

Jetzt Multi Rechtsschutz abschliessen für nur Fr. 138.– für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Natascha Wey

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 8-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 17 500 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org MIX Papier | Fördert gute Waldnutzung FSC® C004807

Foto Titelseite: *Herman Greulich (1842–1925); Schweizerisches Sozialarchiv F_5073-Fb-001.*